

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 13.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für 3spalt. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 23. Juni 1906.

Verlag: A. Bohrborg, Hannover, Mühlstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Bey, Hannover, Mühlstraße 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von E. A. S. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

## Anträge zum VIII. Verbandstag.

Statutenberatung.

§ 1.

**Röpenitz.** Der Verband führt den Namen „Zentralverband“ und hat seinen Sitz in Berlin.

§ 6. Abs. 1.

**Singen.** Jedes eintretende Mitglied hat 50 Pf. Eintrittsgeld zu entrichten.

**Rürnberg und Halberstadt.** Dasselbe.

§ 6. Abs. 2.

**Röpenitz.** Solche Personen, welche wiederholt in den Verband eintreten, müssen einen Monatsbeitrag bezahlen, und können alsdann erst aufgenommen werden.

§ 6. Abs. 3.

**Delmenhorst.** Der Beitrag für männliche Mitglieder beträgt 35 Pf., für weibliche Mitglieder 25 Pf.

**Elmsborn.** Der Beitrag beträgt pro Woche für männliche Mitglieder 40, für weibliche Mitglieder 30 Pf.

**Meißen.** Einzuführen sind Staffelbeiträge unter Zugrundelegung folgender Sätze: männliche Mitglieder 35, 40 und 45 Pf., weibliche Mitglieder 20 und 25 Pf. Beitrag pro Woche.

**Halberstadt.** Der Beitrag für männliche Mitglieder beträgt pro Woche 40 Pf., für weibliche 25 Pf.

**Worms.** Der Beitrag für männliche Mitglieder beträgt pro Woche 40 Pf.

**Stodelsdorf.** Dasselbe.

**Golditz.** Der Beitrag soll den höchsten ortszüblichen Stundenlohn nicht übersteigen. Bei männlichen Mitgliedern ist der höchste Lohn der männlichen, bei weiblichen der höchste Lohn der weiblichen Mitglieder maßgebend.

**Friedrichstadt.** Extrabeiträge sind als Wochenbeiträge auf die Karenzzeit für Rechtschutz in Anrechnung zu bringen.

**Diebitz a. Rh.** Extrabeiträge, die vom Hauptvorstande und dem Ausschusse ausgeschlossen werden, sind durch Extra-Marken zu erheben und nicht, wie es bisher geschah, durch zwei Beitragsmarken, sondern durch eigens beschaffte Marken. Sollen 30 Pf.-Extrabeiträge erhoben werden, so hat der Vorstand Marken zu 60 Pf., für Orte mit Vorkaufbeiträgen solche von 65 Pf. auszugeben. Der Vorstand beschließt, von welcher Woche ab diese Marken zu kleben sind.

**Wilm.** Bei Erhebung von Extrabeiträgen sind Mitglieder, die dem Verbands noch keine 3 Monate angehören, von Extrabeiträgen befreit.

## Gewählte Delegierte.

1. Wahlkreis: H. Duden, Hannover.  
Fr. Winkler, Hannover.  
Stichwahl zwischen H. Sennholz und Chr. Schrader, Hannover.
2. Wahlkreis: R. Lippmann, Braunschweig.  
Stichwahl zwischen Aug. Meier und Fritz Dhlendorf, Braunschweig.
3. Wahlkreis: Otto Frenzel, Magdeburg.  
Otto Hoesl, Magdeburg.
4. Wahlkreis: Franz Hagemann, Hildesheim.
5. Wahlkreis: Stichwahl zwischen Karl Dhlendorf, Lüneburg, und Wilh. Jasper, Ebershausen.  
Dazu gehören die Orte: Celle, Detmold, Ebershausen, Hameln, Hohenberg, Holzminde, Holzen, Lehrte, Lüneburg, Melle, Nienburg a. W., Osterode, Osterlinghausen, Schötmar, Seelze, Stadoldendorf, Uelzen.
6. Wahlkreis: A. Blume, Neuhausleben.
7. Wahlkreis: Heinr. Schinkel, Thale.
8. Wahlkreis: Heinr. Harke, Niersleben.
9. Wahlkreis: Alb. Dannerl, Schönebeck.
10. Wahlkreis: Ed. Fahrenh, Bernburg.
11. Wahlkreis: G. Striebing, Zerbst.
12. Wahlkreis: Stichwahl zwischen Chr. Steinhäuser, Nienburg a. S., und Fr. Hölzke, Calbe.  
Dazu gehören die Orte: Aken, Barbis, Calbe, Grepzin, Jeknitz, Nienburg an der Saale, Raguhn, Zörbig.
13. Wahlkreis: D. Vöfler, Halle.
14. Wahlkreis: Herm. Mücke, Wittenberg.
15. Wahlkreis: Otto Stille, Coswig.
16. Wahlkreis: H. Birth, Eisenberg S.-A.
17. Wahlkreis: A. Greif, Gotha.
18. Wahlkreis: Stichwahl zwischen H. Bunte, Striegau, und Karl Brauert, Görlitz.  
Dazu gehören die Orte: Arnsdorf i. Schl., Baugen, Brieg, Goldberg, Görlitz, Glogau, Hirschberg, Jauer, Kamenz, Kattowitz, Königshütte, Langenöls, Laurahütte, Lobau, Mustau, Neusalz, Niesky, Schmiedeberg, Schweidnitz, Strehlen, Striegau, Weißwasser.
19. Wahlkreis: ? Breslau.
20. Wahlkreis: Stichwahl zwischen E. Pfeiffer, Eilenburg, und H. Winkler, Wittenberg.

Dazu gehören die Orte: Beucha, Cöthig-Coswig, Golditz, Döbeln, Eilenburg, Elsterwerda, Eutra, Geithain, Göhlitz, Großhain, Leisnig, Oschatz, Penig, Strehla.

21. Wahlkreis: Stichwahl zwischen E. Lungwitz, Waldheim, und M. Römer, Wurzen.

Dazu gehören die Orte: Gartha, Kossen, Lungenau, Sommerfeld, Waldheim, Wurzen.

22. Wahlkreis: G. Neuring, Dresden.

23. Wahlkreis: Karl Thieme, Dresden. Stichwahl zwischen G. Neuring, Dresden, und M. Wadwig, Dresden.

24. Wahlkreis: Br. Schärzig, Leipzig, und H. Schumann, Leipzig.

25. Wahlkreis: H. Sämisch, Markranstädt.

26. Wahlkreis: Heinrich Schneider, Meißen.

27. Wahlkreis: ? Mügeln.

28. Wahlkreis: Oskar Wolf, Deuben.

29. Wahlkreis: E. Bruns, Berlin.

Rehbein, "

Funk, "

Sewekow, "

Aug. Pohl, Charlottenburg.

31. Wahlkreis: G. Tempel, Abershof.

32. Wahlkreis: P. Klein, Betsen.

33. Wahlkreis: H. Krakau, Potsdam.

34. Wahlkreis: Br. Leichgräber, Köpenick.

35. Wahlkreis: M. Wollermann, Landsberg a. W.

36. Wahlkreis: Karl Strehle, Spandau.

37. Wahlkreis: Fr. Schugardt, Werder.

38. Wahlkreis: Rob. Wiefenhütter, Stettin.

Aug. Beder, Stettin.

39. Wahlkreis: Emil Baumann, Köslin.

40. Wahlkreis: H. Treichel, Kolberg.

41. Wahlkreis: Ed. Ruge, Wolgast.

42. Wahlkreis: ? Wismar.

43. Wahlkreis: R. Herrmann, Nürnberg.

44. Wahlkreis: D. Händel, Augsburg.

45. Wahlkreis: Joh. Gebhardt, Kolbermoor.

46. Wahlkreis: P. Koch, Fürth.

47. Wahlkreis: G. Trützel, Schweinfurt.

48. Wahlkreis: L. Wörner, Cannstatt.

49. Wahlkreis: Herm. Volkbold, Heilbronn.

50. Wahlkreis: Stichwahl zwischen Bernh. Weber, Heidenheim, und Fr. Stehl, Zuffenhausen.

Dazu gehören die Orte: Bieberach, Bietigheim, Blaubeuren, Eßlingen, Feuerbach, Göppingen, Heidenheim, Lauterbach, Lorch, Sulgau, Ulm, Zuffenhausen.

51. Wahlkreis: Jaf. Stieh, Ludwigshafen.

52. Wahlkreis: Jaf. Kapp, Speyer.

53. Wahlkreis: Wilh. Popper, Mannheim.

54. Wahlkreis: R. Bernard, Frankenthal.

55. Wahlkreis: H. Hannemann, Annweiler.

56. Wahlkreis: Joh. Kern, Oppau.

57. Wahlkreis: F. Eiser, Frankfurt a. M.

58. Wahlkreis: H. Wehmann, Kassel.

59. Wahlkreis: Stichwahl zwischen H. Rehler, Birtgel, und M. Knöchel, Offenbach.

Dazu gehören die Orte: Al.-Aulheim, Bieber, Birtgel, Offenbach.

60. Wahlkreis: G. Klein, Pfungstadt.

61. Wahlkreis: Stichwahl zwischen G. Hahn, Feggenheim, und P. Jahn, Mülheim.

Dazu gehören die Orte: Dietesheim, Feggenheim, Ganau, Hainstadt, Hainhausen, Homburg, Neu-Sienburg, Mülheim a. M., Oberursel.

62. Wahlkreis: Herm. Senftleben, Höchst.

63. Wahlkreis: Georg Daz, Gonsenheim.

64. Wahlkreis: Stichwahl zwischen Chr. Klefisch, Kall, und Lindenber, Köln a. Rh.

Dazu gehören die Orte: Köln, Dillendorf, Duisburg, Kall, Mülheim, Poulheim.

65. Wahlkreis: Stichwahl zwischen Rud. Stelt, Düsseldorf, und Boes, Mielefeld.

Dazu gehören die Orte: Mielefeld, Bonn, Bruchhausen, Dortmund, Düsseldorf, Dören, Essen, Gevelsberg, Hagen, Kuppersteg, Oberhausen, Wanne.

66. Wahlkreis: W. Fingelberg, Altona.

67. Wahlkreis: W. Stille, Bergedorf.

68. Wahlkreis: ? Bremen.

69. Wahlkreis: Siemens, Harmsstedt.

70. Wahlkreis: Jaf. Lewin, Hamburg.

L. Zieg, Hamburg.

E. Lemenzow, Hamburg.

M. Schwarz, Hamburg.

71. Wahlkreis: ? Harburg.

72. Wahlkreis: F. Wahlgren, Gesehacht.

73. Wahlkreis: M. Städt, Lagerdorf.

74. Wahlkreis: Stichwahl zwischen G. Tamschus und K. Kollmann, Hamburg.

75. Wahlkreis: Stichwahl zwischen Joh. Bruhns und Timmermann, Wandsbek.

76. Wahlkreis: E. Luczak, Wilhelmsburg.

77. Wahlkreis: P. Christian, Flensburg.

78. Wahlkreis: Stichwahl zwischen G. Schottler, Kiel, und H. Hartmann, Kiel.

Dazu gehören die Orte: Gutin, Friedrichsort, Kiel.

79. Wahlkreis: H. Sievers, Neumünster.

80. Wahlkreis: F. Voss, Langenfelde.

81. Wahlkreis: J. Radde, i. v.

Joh. Lühr, Lübeck.

82. Wahlkreis: W. Grabbert, Kenigsfeld.

83. Wahlkreis: Karl Kraatz, Friedland.

84. Wahlkreis: Joh. Schmidt, Delmenhorst.

Aus den Wahlkreisen, die mit einem Fragezeichen versehen sind, haben wir noch keine Wahlprotokolle erhalten.

Die Stichwahlen sind Sonntag, den 8. Juli, von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags vorzunehmen.

Bis zum Freitag, den 13. Juli, müssen die Wahlprotokolle eingekandt sein.

Für den Vorstand:  
Aug. Bey.

## Pflichten im Kampfe!

Das Jahr 1905 war ein Kampfsjahr, das Jahr 1906 wird diesen Namen mit noch größerem Recht führen können. In allen Ecken und Enden wird jetzt gekämpft. Nicht immer sind es planmäßig vorbereitete Kämpfe geschulter Gewerkschaftler, oft sind es spontan ausbrechende Konflikte mangelhaft organisierter Arbeiter, zuweilen sogar ein plötzliches Aufbäumen bisher indifferenter Massen. Fast immer aber befinden sich die Arbeiter in der Offensive. Und das ist leicht erklärlich. Die letzte wirtschaftliche Depression hatte eine Reihe Lohnkürzungen im Gefolge, die zum Teil heute noch nicht ausgeglichen sind. Durch eine unsinnige Zollpolitik sind dem Arbeiter die Nahrungsmittel wesentlich verteuert worden und die Steuern und Abgaben bewegen sich in aufsteigender Richtung. Die Industrie ist im allgemeinen gut beschäftigt, die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt und die Gewinne der Unternehmer sind höher denn je. Kein Wunder, wenn die Arbeiter eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft verlangen. Obwohl also die jetzige lebhafteste Streikbewegung sehr leicht erkennbare Ursachen hat, faucht und hegt die Scharfmacherpresse, faßelt von Versuchen, den Zukunftsstaat zu etablieren, und sieht in jeder Arbeitseinstellung das Embryo des politischen Massenstreiks. Wir würden unsere Gegner zu niedrig (oder auch zu hoch) einschätzen, wenn wir ihnen bei derartigen blöden Scharfmachereien den guten Glauben unterstellen würden. Sie sind sich, wenigstens in ihrer übergroßen Mehrheit, ihrer unheiligen Kampfesweise durchaus bewußt, aber sie brauchen aus verschiedenen Gründen die öffentliche Meinung für sich, und weil die alte Leier vom Ruin des Unternehmens und der Begehrlichkeit der Arbeiter angefaßt der steigenden Dividenden und verteuerten Lebensmittel nicht mehr so recht zieht, muß das „rote Gespenst“ herhalten. Jede Forderung muß zu einem Attentat auf unsere göttliche Gesellschaftsordnung gekoppelt und hinter jeden Streik muß die „Hydra der Revolution“ gestellt werden, damit den bürgerlichen Kreisen, die zum erheblichen Teil ein Interesse an gutbezahlten Arbeitern haben, recht gruselig zu Rute wird. So wird der Kampf um den Profit zu einem Kampf „wider den Umsturz“. Daß die Forderungen der Arbeiter Widerstand finden, erklärt sich ohne weiteres aus dem dem Kapital innewohnenden Vermehrungstrieb oder deutlicher, aus der Geldgier der Unternehmer. Dieser Widerstand ist aber sehr verschieden, selten rücksichtslos Anerkennung der Forderungen, oft ein wideriges Zögern um jeden Pfennig Lohn und damit um jeden Bissen Brot des Arbeiters, oft auch schroffe Ablehnung der Forderung und als Gegenschlag gegen die Maßnahmen der Arbeiter, jene brutale Form des wirtschaftlichen Kampfes, die Ausperrung. Bestimmt oder doch wesentlich beeinflusst wird die Form des Widerstandes durch denselben Faktor, der auch für das Verhalten der Arbeiter im Kampfe maßgebend ist, der Stärke der Parteien.

Nicht nur die eigene Stärke, sondern auch die Stärke des Gegners. Diese Stärke aber wird am deutlichsten ausgedrückt in Umfang und Beschaffenheit der beiderseitigen Organisations.

Die Ursachen der wirtschaftlichen Kämpfe sind das Streben nach Verbesserung und der Widerstand gegen Verschlechterung der Lebenslage auf der einen Seite und die kapitalistische Profitgier und profuges Herrentum auf der anderen, d. h. der Kampf ist unvermeidlich; die Formen dieser Kämpfe aber, und selbstverständlich damit auch der Ausgang derselben, werden bestimmt durch die Beschaffenheit der Organisation, also durch einen Faktor, auf dessen Gestaltung wir wesentlich Einfluss haben. Daraus ergibt sich für uns die zwingende Notwendigkeit, dem Ausbau unseres Verbandes die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Der Be-

griff Organisation erschöpft sich nicht in der Zusammenfassung möglichst vieler Personen mit gleichen Interessen zu einem bestimmten Zwecke, sondern bedingt zugleich eine Unterordnung der Gesamtheit unter bestimmte Regeln und Gesetze. Immer ist die Organisation im Vorteil, die mit möglichster Geschlossenheit die größte Disziplin verbindet. Prüfen wir nun einmal, inwieweit unsere Organisation diesen Bedingungen entspricht.

Erste Bedingung ist möglichste Geschlossenheit. Da fehlt im allgemeinen gewiss noch viel, sicher aber ist, daß durch die Maßnahmen des letzten Verbandstages, Einführung der Gewerkschaftsunterstützung und Anstellung besoldeter Gauleiter, der Zusammenschluß erheblich gefördert ist. Ueberdies kommt es für uns vorläufig nicht in erster Linie auf die Geschlossenheit der Gesamtheit, sondern auf das einige Zusammenwirken bestimmter Gruppen an. Dafür zu sorgen, daß diese Geschlossenheit vorhanden ist, und zwar vor dem Kampfe vorhanden ist, das ist unsere Aufgabe.

Weiter erfordert der wirtschaftliche Kampf Disziplin. Und da hapert es bei uns oft gar sehr. Jede Hinwegsetzung über Bestimmungen des Statuts, jede Nichtbeachtung der vom Vorstand erlassenen Anordnungen, jeder mangelhaft vorbereitete, ohne Genehmigung begonnene Streik ist ein Verstoß wider die Disziplin. Es ist nicht nur ein Verstoß wider die Disziplin, es ist eine direkte Schädigung der Interessen des Verbandes, wenn für Mitglieder, die in ihrer übergroßen Zahl kaum das Verbandsbuch in Händen haben, Streiks auf Kosten der Verbandskasse geführt werden. Es ist direkt gewissenlos, wenn Geld, das von alten, überzeugten Mitgliedern zur Wahrung ihrer Interessen aufgebracht wurde, für Zuläufer verpulvert wird. Die Kampfmittel der Arbeiterschaft sind mit der Verweigerung der Arbeitskraft nicht erschöpft, aber jedes neue Kampfmittel erfordert größere Disziplin, und dazu müssen die Mitglieder erzogen werden.

Und noch etwas ist bestimmend für den Wert einer gewerkschaftlichen Organisation, und das ist: finanzielle Leistungsfähigkeit. Die wirtschaftlichen Kämpfe kosten Geld, viel Geld, und eine Organisation ohne gefüllte Kasse ist ein Messer ohne Klinge. Nun sind ja für unsere Organisation die Beiträge wiederholt erhöht worden, zugleich sind aber auch neue Unterstützungszweige eingeführt. Wir müssen nun immer den Beitrag im Verhältnis zu den geleisteten Unterstützungen betrachten, denn nur das, was nach Auszahlung aller Unterstützungen übrig bleibt, ist Kampfbeitrag. Wir müssen weiter die besonderen Verhältnisse unserer Organisation berücksichtigen. Bei jeder Aussperrung kommen Mitglieder von uns in Verdrach, fast bei jedem Streik anderer Berufe werden wir in Mitleidenschaft gezogen, wir kosten es nur Hunderte, oft aber auch Tausende und Zehntausende. Alle Verbände haben einmal eine Ruhepause, in der sie sich erholen, ihre Kassen füllen können, für uns gilt der Kampf in Permanenz, ein Teil unserer Mitglieder ist immer draußen. Unter diesen Umständen kann man es ohne weiteres als einen recht geringen Grad von Weitsichtigkeit bezeichnen, daß der letzte Verbandstag nicht höhere Beiträge festgesetzt hat. Nun hat ja der Vorstand diesen Fehler durch Ausschreiben von Extrabeiträgen korrigieren müssen, das hat aber zweifellos eine Reihe Nachteile. Einmal wird der Mangel an Mitteln dadurch dem Gegner zur Kenntnis gebracht, und das ist gefährlich, außerdem wird aber dadurch das Beitragsmehr, das sich bei höheren Beiträgen auf längere Zeit verteilen würde, auf einen kurzen Zeitraum zusammengebrängt und dadurch die Bezahlung erschwert. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die Maßnahme notwendig ist, und wenn sich trotzdem Mitglieder weigern, den Beitrag zu bezahlen, so beweisen sie damit, daß sie wohl Mitglieder einer Gewerkschaft, aber keine Gewerkschaftler sind. Wenn aber, wie es leider der Fall gewesen ist, ganze Zahlreichen sich weigern, so ist das eine so unglückliche Kurzsichtigkeit und Disziplinlosigkeit, wie man es heute eigentlich nicht mehr erwarten sollte. Welche Gründe haben denn diese Kollegen für ihr Verhalten? Immer ist es das selbe alte so richtige und wichtige Argument: „Unsere Kollegen verdienen zu wenig, sie können einen so hohen Beitrag nicht leisten.“ Das ist genau so logisch, als wenn ein Landwirt sagen würde: „Ich habe nicht genug Korn, um säen zu können, ich brauche es zum Essen, mag der fruchtbare Boden auch liegen.“ Und gerade für unsere Kollegen liegt noch sehr viel Boden brach. Bedeutendes Liebes Geld erreichen, wenn — mehr Geld zum Kampfen da wäre. Ueberdies schreitet die Organisation der Unternehmer von Tag zu Tag fort, und was heute noch verhältnismäßig leicht erzwungen werden konnte, wird später harte Kämpfe kosten. Das also Sparmaßnahme sein sollte, entpuppt sich als Verschwendung und was der Rücksicht auf die schuldlosbezahlten Kollegen vorzuziehen die gutbezahlten Unternehmer. Das ist die bittere Ironie der Tatsachen, hoffentlich lernen wir davon. Nicht der wahren das Interesse der Mitglieder, der jede Beitragserhöhung bekämpft, sondern wer unter richtiger Würdigung der Verhältnisse die Mitglieder zur Opferwilligkeit erziehen hilft. Wer viel fordert, wird reichlich ernten, und wer ein wenig fordert, wird mit niedrigen Beiträgen, d. h. ohne Geld den Kampf — dem Kapital entgegen zu stellen, in ein Tor, der sich und anderen schadet. Die Organisation ist der Gewerkschaft, an dem das Unternehmertum die „Verzerrung“ der Forderungen der Arbeiter abläßt. Starke Verbände mit großer Kasse erhalten vieles ohne Kampf, was schwachen Organisationen als „unberechtigt“ verweigert wird. Mit starken Gegnern einigt sich das Unternehmertum, schwache läßt es kämpfen. Ein harter Gegner löst Achtung ein, ein schwacher bleibt unbeachtet. Eine gefüllte Kasse ist aber der denklichste Ausdruck unserer Kraft, und wer sich weigert, den besonderen Pflichten, die die gegenwärtige Kampfperiode an uns stellt, nachzukommen, ist ein Tor, wer aber gar noch andere davon abzuhalten sucht, ist ein Verräter an der Organisation, beide aber sind unbewusste Helfershelfer des Unternehmertums. Wer diesen Vorwurf nicht auf sich laden will, der muß mit dafür sorgen, daß die Organi-

ation den Pflichten, die ihr durch die wirtschaftlichen Kämpfe aufgebürdet werden, gerecht werden kann. Ringsum tobt der Kampf, das Unternehmertum hat die Gefesse und Behörden, die Kirche und die Schule in seinen Dienst gepreßt, es kämpft einen Verzweiflungskampf. Da darf das mächtig aufwärts und vorwärts strebende Proletariat nicht kleinlich rechnen und rechten, da heißt es mit allen Fibern, mit der ganzen Person beim Kampfe sein, kein Zaudern und Zögern, aber kluges Abwägen, kein blindes Drauflosstürmen, aber entschlossenes Vorwärtstreben und das, was man für notwendig erkennt, unweigerlich durchführen. Dann, aber auch nur dann können wir den kommenden Kämpfen ruhig entgegensehen. Der Kampf bringt Pflichten mit, erfüllen wir diese Pflicht.

## Frauen- und Kinderarbeit in Ziegeleien.

Wir kommen in unserer Betrachtung zu den Uebertretungen der Schutzbestimmungen durch die gesetz- und ordnungsliebenden Unternehmer.

Wir beginnen mit dem Regierungsbezirk Potsdam, dessen Aufsichtsbeamter ungeschliche Beschäftigung jugendlicher Personen sowohl bezüglich der Art der Beschäftigung, als auch der Dauer der Arbeit feststellt. Rößlich sind die angeführten Entscheidungsbüchlein:

Im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. wollen die Ziegeleibesitzer keine Ahnung davon gehabt haben, daß seit dem 1. Januar 1904 ihrer Ausbeuterfreiheit die Schranke ein klein wenig enger gezogen ward.

Für Pommern stellt der Beamte fest, daß in einer Domyziegelei schulpflichtige Knaben von 1 1/2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends beschäftigt wurden, desgleichen jugendliche Arbeiter täglich 12 1/2 Stunden. — Im Bromberg-Bezirk wurden nicht nur 12jährige Knaben bei der Arbeit angetroffen, sondern fünfzehnjährige junge Leute mußten in einem größeren Betriebe (wo Ofenschalen hergestellt wurden) gemeinsam mit den Erwachsenen am Tage die gewöhnlichen Arbeiten verrichten und des Nachts die Töpferöfen bedienen, so daß 36 Stunden schichtweise herauskamen.

Und das Gericht sprach diesen Ausbeuter par excellence frei, weil — der Betrieb ein handwerksmäßiger und die Art der Beschäftigung zur Lehrlingsausbildung notwendig sei! In der Berufungsinstanz, die den fabrikmäßigen Betrieb anerkannte, erfolgte Freisprechung, weil — der Besitzer sich nicht bewußt gewesen, daß sein Betrieb ein fabrikmäßiger! —

Der Liegnitzer Beamte verweist darauf, daß durch die Anwendung des Kinderschutzgesetzes mit erschreckender Deutlichkeit erst nachgewiesen ward, welchen großen Umfang die Kinderarbeit in Ziegeleien erlangt. Während im Magdeburger Verdict auf die große Zahl der Uebertretungen gegen gesetzliche Bestimmungen hingewiesen wird und darauf, daß ein Stellenvermittlungsbureau in Berlin den jungen Leuten Verträge unterschreiben läßt, daß sie ebenso lange zu arbeiten sich verpflichten als die Erwachsenen.

Aus Oberfranken wird berichtet, daß schulpflichtige Knaben beim Steintragen beschäftigt angetroffen wurden, daß in zwei Ziegeleien Kinder und jugendliche Arbeiter täglich bis zu 14 1/2 Stunden beschäftigt wurden, und in einer Ziegelei sogar 11 Kinder im Alter von 9 bis 12 Jahren schanzten. Unglaublich, aber wahr, die Ortsbehörde hatte ihnen die Erlaubnis erteilt und Arbeitskarten ausgestellt. Wunderbare Gesetzeskenntnis!

Ähnliches wird berichtet aus Sachsen, Bezirk Chemnitz, wo jugendliche Arbeiter 12 1/2 Stunden, desgleichen Kinder beschäftigt wurden, Bezirk Meissen, wo in zwölf Fällen Kinder geschicklich beschäftigt wurden, aus Sachsen-Altenburg und anderen Bundesstaaten. Aber ebenso zahlreich sind die Uebertretungen der Arbeiterinnenensatzbestimmungen. Wir geben hier nur einige Stichproben: So wird aus Westpreußen berichtet, daß Arbeiterinnen zur Arbeit in dem heißen Ofen einer Kachelfabrik, in den Trockenräumen über dem heißen Brennofen einer Ziegelei angestellt wurden, sowie zur Nachtbeschäftigung, ungeschlicher Ueberarbeit und zur Beschäftigung nach 5 1/2 Uhr Sonnabends.

In Pommern wurden in 9 Ziegeleien die Arbeiterinnen bis 7 Uhr abends vor einem Ofen beschäftigt. In Posen mußte eine Arbeiterin die Arbeiten eines Brenners auf einem Ziegelbrennofen abwechselnd mit einem Manne, auch während der Nachtzeit, verrichten. Der hier in Frage kommende Beamte verweist darauf, daß die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Ziegeleipressen — in einigen Ziegeleien beträgt sie 20- bis 26 000 Stück täglich, bei gewöhnlichen Pressen 12—14 000 — dazu mahnt, hier ein Verbot der Frauenarbeit eintreten zu lassen, wenn eine gewisse Grenze überschritten wird, und eine nur zehnstündige Arbeitszeit zu verlangen. Das fortwährende Stehen und Sämen und Abnehmen der rohen Steine und gleichzeitige Hinsetzen auf den Transportwagen strenge außerordentlich An- und Beinmühen an und habe bei einem Mädchen die Verzerrung der Schultergelenkbänder zur Folge gehabt. In einer Liegnitzer Fabrik wurden 4 hochschwangere Arbeiterinnen angestellt, die einen Zentner schwere Karren mit schweren Steinen von den Pressen zu den Trocken-

ern trugen, wie gesagt, nur wenige Stichproben bezüglich der Nichtbeachtung der Schutzbestimmungen gegeben, in Wirklichkeit ist das Bild ein viel, viel düsteres. Besonders wenn wir in den Bereich unserer Betrachtungen mit hineinziehen die überaus traurigen Löhne und die dadurch bedingte Unterernährung, sowie die oft geradezu ständischen Wohnungsverhältnisse, die wir in einem besonderen Artikel behandeln werden. Und doch läßt auch das Gesagte schon in klaren Umrissen das entsetzliche Elend der Ziegeleiarbeiter in die Erscheinung treten. Klage die in den Pflanztagen zu

Magdeburg abgehaltene Konferenz der Ziegler auch diese ausgebeuteten Lohnsklaven einen tüchtigen Schritt vorwärts bringen auf dem Wege der Organisation. Möge der „heilige Geist der Erkenntnis und der Solidarität“ über sie gekommen sein und ihnen die Kraft verleihen, sich aufzuraffen aus Elend, Ausbeutung und Knechtschaft L. Z.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Fortdauer der Hochkonjunktur: der Eisenmarkt und die schweren Industrien, die Textilindustrie, die Kohlenproduktion — Herabsetzung des Bankzinsfußes.

Produktionsvermehrung, Preissteigerung, Betriebserweiterung — auch der letzten Wochen haben noch keinen Stillstand in dieser dreieinigen kapitalistischen Bewegung gebracht.

Der rheinisch-westfälische Eisenmarkt steht, nach der „Wöln. Ztg.“, andauernd unter dem Zeichen einer scharfen Anspannung, die sich für Prozeisen und Roheisen besonders stark geltend macht; die Hütten könnten kaum dem Bedarf entsprechend liefern. Ähnlich urteilt der Essener Korrespondent der „Wöln. Ztg.“: Es bedürfe der ganzen Anstrengung der Hochöfen, um den Anforderungen nach Prozeisen zu genügen; besonders die Nachfrage nach Sickerprozeisen sei außerordentlich stark; einzelne deutsche Verbraucher hätten sich bereits wieder in England besorgen müssen. In Puddel- und Stahlfabrikation gebe das Synbitat nicht mehr die verlangten Mengen ab, sondern nur nach Maßgabe der durchschnittlichen Bezüge während der letzten drei Jahre — angeblich sollen dadurch rein spekulative Einkäufe, die von der Erwartung weiterer zukünftiger Preissteigerungen ausgehen, verhindert werden. Die inländische Nachfrage nach Halbzeug sei, denn je, trotz der mehrmaligen Preissteigerung (Anfang Mai um 5 Mark, am 12. Mai wiederum um 5 Mark). Der Abzug auf Walzeisen könne nicht immer nach Wunsch erledigt werden; für das dritte Quartal seien die Walzwerke meist ausverkauft, für das vierte Quartal trete die Preissteigerung um 5 Mark um so umfassender in Wirklichkeit. Trägerreisen werde ungewöhnlich leibhaftig verlangt, trotz der um 10 Mark höheren Preisnorm des Stahlwerkverbandes, aus dem die rheinisch-westfälische Trägerhändlervereinigung ihrerseits sofort die entsprechenden Verkaufsfolgerungen zog. Die Walzwerke des Westens haben ihre Erzeugung meist bis zum Ende des dritten Quartals untergebracht, wobei vor allem der andauernd rege Bedarf der Schiffswerften und Konstruktionswerkstätten von Bedeutung ist. Auf dem Drahtmarkt herrsche die lebendigste Tätigkeit; der Preis für Walzdraht ist auf 140 Mark erhöht, gezogener Draht kostet 155 bis 160 Mark. Auch die Kleinmetallindustrie sei sehr flott beschäftigt, wenn sie auch den Preisstand ihrer Rohmaterialien nicht immer durch die eigene Preissteigerung voll wettzumachen vermöge.

Das rheinisch-westfälische Zement Syndikat will am Dortmund-Emskanal bei Münster eine eigene Fabrik bauen, weil die liefernden Fabriken mit dem Bedarf an Zementfasern nicht mehr gleichen Schritt zu halten vermögen. 41 mittelbayerische Gipswerke schließen Ende Mai mit dem Sitz in Nordhausen ein Gips Syndikat, das vom 1. Juli ab die Gipspreise erhöht, und zwar die Doppelabladung Estrich- und Pugsips auf 70 M., Einwegips auf 80 M. Der schlesische Zinkblechverband setzte an der Wende Mai-Juni die Preise abermals um 1 M. weiter herauf.

Oder wählen wir statt der „schweren“ Industrien ein paar Beispiele aus anderen Produktionsgebieten! Nach einem sachmännischen Bericht über die augenblicklichen Verhältnisse in den deutschen Textilindustrien stimmen die Kammergarnspinner überein, daß die Lage des Marktes ungewöhnlich günstig sei und daß die Aussichten für die nächste Zeit ein Nachlassen des Umsatzes und der Preise gleichfalls kaum befürchten lassen. Die Streichgarnspinner äußern sich ähnlich, allerdings mit der Einschränkung, daß sie die (an dieser Stelle früher besprochenen) hohen Voll-Rohmaterialienpreise unangenehm empfinden. Die Leinwandgarnspinner weisen nicht selten Aufträge wegen zu kurzer Lieferzeit zurück, die sie bei ihrer Produktionsanpassung nicht einhalten können. Für die Baumwollgarnspinnerei ist infolge der zeitweiligen Baumwollverknüpfung und des flotten Begehrs festere und höhere Preise herausgebildet, deren sich die Spinner auch nach dem Rückgang der Rohstoffpreise weiter erfreuen. Die Kunstwollspinnereien sollen voll beschäftigt sein, obwohl, wegen der nicht unbedeutlichen Preissteigerungen, die Weiterverbraucher nach Möglichkeit mit ihren Aufträgen zurückhalten. Für die Kleiderstoffwebereien ist naturgemäß die erste Jahresgeschäftsjahresperiode vorüber und die zweite noch nicht angebrochen; trotzdem ist hier wie in der Herrenstoff- und Konfektionsstoff-Fabrikation von ernstlichen Betriebserschütterungen keine Rede. Etwas stiller mag vielleicht die Weißwaren- und Sieder-Industrie, ferner die Gardinenfabrikation liegen. Dafür haben die Baumwollwebereien um so bessere Zeit; ihre Aufträge sollen für sämtliche Stoffe bis zum Jahresabschluss reichen. Mit Preissteigerungen sind die Wollewaren- und Friesfabriken, die Unternehmer der Teppich- und Käuferstoffbranche vorgegangen, weitere Preissteigerungen sind angekündigt. Der Seidenwarenerzeugung scheint die hierfür so einflußreiche Mode nicht mehr so günstig wie bisher zu sein. Die Wäschefabrikanten stehen dafür bei starkem Absatz um so rentablere Preise ein. Sachsen und Thüringen sind, was Strumpfwaren und wollene Phantasiartikel anbelangt, zum mindesten zufrieden.

Wie in einem Brennpunkt konzentriert, kommt diese kapitalistische Ausbeutungsbewegung fortgesetzt im gewerkschaftlichen Kohlenverbraucher und in der Kohlenförderung zum Ausdruck. Der diesjährige April war mit dem Karfreitag und den Osterfesttagen „belastet“. Dagegen im April des Vorjahres spannte das Grubenkapital alle verfügbaren Kräfte zur Nachholung des während des Streiks veräußerten an. Trotzdem steht der letztabgelassene April, für den Ende Mai die statistischen Zahlen veröffentlicht wurden, beträchtlich über dem April 1905. Die Förderung in Deutschland insgesamt im April 10 101 168 Tonnen (im Jahre 1904 9 564 376 To.), Steintohlen, 3 743 569 To. (i. V. 3 781 582 To.), Braunkohlen, 1 610 016 To. (i. V. 1 167 848 To.), Koks und 981 155 To. (i. V. 940 365 To.) Bricketts. In Preußen betrug im Monat April die Produktion an Steintohlen 9 460 418 To. (i. V. 8 985 074 To.), an Braunkohlen 3 290 086 To. (i. V. 3 212 892 To.), an Koks 1 604 853 To. (1 162 112 To.) und an Bricketts 898 296 To. (i. V. 835 656 To.) Am stärksten war die Herstellung im Oberbergamtsbezirk Dortmund mit 5 720 463 Tonnen Steintohlen, mit 1 232 708 Tonnen Koks und 196 057 Tonnen Bricketts und Kappsteine. Januar bis April zusammengeordnet, betrug die Produktion Deutschlands an Steintohlen 45 342 714 To. (i. V. 35 981 428 To.), an Braunkohlen 18 285 781 To. (i. V. 16 929 982 To.), an Koks 6 428 148 To. (i. V. 3 754 967 To.) und an Bricketts sowie Kappsteine 4 686 618 To. (i. V. 3 977 936 To.). Hierbon entfallen auf das Königreich Preußen 42 469 317 To. (i. V. 33 290 912 To.) Steintohlen, 15 611 069 To. (i. V. 14 342 890 To.), Braunkohlen, 6 406 139 To. (i. V. 3 732 848 To.) Koks und 4 226 777 To. (i. V. 3 533 863 To.) Bricketts und Kappsteine. Hierbei ist die vorjährige Streikunterdrückung, die ungefähr die Zeit Mitte Januar bis Mitte Februar umfaßt, natürlich sehr stark sichtbar. — Der Jahresbericht des Kohlen Syndikats, der am 8. Juni die Vorjahrens- und Berichtszeitung in Essen beschäftigt, spricht sich deshalb für das ganze noch laufende Jahr sehr hoffnungsvoll aus. Manche Beobachter prophezeien bereits wieder eine Kohlenknappheit und Kohlenverknüpfung wie auf dem Höhepunkt der letzten Aufschwungperiode, abermals nicht infolge berechneter künstlicher Produktionsvermehrungen, sondern infolge eines rapid sich ausbreitenden Brennstoffbedarfs.

Dagegen scheint die abnorme Anspannung des für alle produktiven und kommerziellen Unternehmungen so wichtigen und unentbehrlichen Beschaffungsmarktes namentlich im Rückgang. Der Status der Deutschen Reichsbank hat sich zuletzt soweit gebessert, daß der seit dem 18. Januar bestehende Diskont von 5 Prozent am 23. Mai endlich wenigstens um 1/2 Prozent herabgesetzt werden konnte. Eine wesentliche Erleichterung erlitt auch, durch die Verhütung in den amerikanischen Börsen- und Bankkrisen unterstützt, der international-amerikanische Londoner Geldmarkt, so daß namentlich wohl die vorübergehenden Störungen (wie durch die Katastrophe von San Francisco) ausgeglichen sind — wenn nicht ein offener oder stiller russischer Bürgerkrieg hier nochmals alle Erwartungen der Hoffnungen über



während die Anhängung immer größerer Kapitalien als eine gesunde Geschäftsbasis bezeichnet werde. Die Arbeiter müßten sich immer mehr zusammenschließen, um immer wieder zu fordern, was der Arbeiter haben muß, um anständig leben zu können. Großer Beifall lohnte den Redner am Schluß seines Vortrages. In der Diskussion äußerten sich noch mehrere Redner abfällig über die Praktiken des Arbeitsnachweises. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung gibt Kollege Seidenstumpf bekannt, daß etwa 90 Kollegen bei der Maifeier ausgespart wurden, wovon 84 Kollegen zu unterstützen waren, was eine Summe von 1250 Mark erforderte. Er gab weiter bekannt, daß der Hauptvorstand die Unterstützung abgelehnt hätte und daher die Unterstützung aus der Lokalkasse zu bestreiten sei. Es sei daher notwendig, daß der Beschluß der vorigen Versammlung durchgeführt werde, welcher besagt, daß jedes männliche Mitglied eine Mark zu 50 Pf. und jedes weibliche Mitglied eine solche zu 25 Pf. zu entrichten habe. Zum 3. Punkt: Extrasteuer, führte Kollege Seidenstumpf an, daß der Hauptvorstand die noch existierenden 6 Extrasteuern zu 30 Pf. jetzt ausgeschrieben habe, da die Anforderungen an die Verbandskasse durch die großen Ausparungen ungeheurer geworden seien. Es wurde allseitig anerkannt, daß, wenn der Vorstand an den Opfermut der Kollegen appellierte, diese auch bereit seien, Opfer zu bringen.

**Seidenau.** In der Sulzjellulosefabrik der Firma Hoeßig u. Co. in Seidenau ist ein Teil der Arbeiter ein Schriftstück, das von der Firma Anstellungs-Vertrag genannt wird, zur Unterschrift vorgelegt worden, das recht deutlich zeigt, wie in den Köpfen der Herren Direktoren und Obermeister der Gedanke an einen eventuellen Streik der Arbeiter ihrer Fabrik wirken muß.

Den Arbeitern ist schon längst die Arbeitszeit von 12 Stunden ohne irgend welche Pausen eine zu lange, zumal, wie das in diesem Betriebe häufig vorkommt, auch noch Überstunden gemacht werden müssen. Die Abstellung der 24 stündigen Schicht verlangten die Arbeiter wiederholt. Sie haben bei dieser nie einen freien Sonntag. Den einen Sonntag früh 6 Uhr von der Arbeit kommend, müssen sie den anderen Sonntag früh 6 Uhr zur Arbeit gehen, um 24 Stunden hintereinander zu arbeiten. Die Abstellung wäre möglich, wenn die Firma nur den guten Willen dazu hätte. Im Februar d. J., als die Arbeiter die Abstellung der 24 stündigen Schicht energisch verlangten, wurde ihnen vom Herrn Hoeßig persönlich versprochen, daß die 24 stündige Schicht in Wegfall kommt, wenn die neu gebaute Fabrik in Firma in vollem Betriebe sei, und das dann auch eine Mittagspause eingeführt würde. Die Arbeiter waren seit diesem Tage hoffnungsfroh und glaubten nun, daß diesen Sommer auch für sie Sonntage kämen, an denen sie mit ihrer Familie die freie Natur genießen könnten. In dieser Hoffnung sehen sich aber die Arbeiter jetzt sehr getäuscht. Durch nachstehenden Anstellungs-Vertrag, den die Arbeiter zur Unterschrift vorgelegt bekommen, sollen sie sich verpflichten, Überstunden und 24 stündige Schichten zu machen, obwohl die neue Fabrik in Firma schon längst im Betriebe ist.

**Anstellungsvertrag.**

Zwischen der Firma Hoeßig u. Co. ist folgender Vertrag vereinbart worden.

**I.**

F. F. wird für dieselbe Stelle, für welche bisher das gewöhnliche Arbeitsverhältnis bestand, vom 1. Juni 1906 an fest angestellt und hat als solcher seine bisherige Tätigkeit auszuüben.

F. F. unterwirft sich in seinem neuen Arbeitsverhältnis auch der bereits in Kraft befindlichen Fabrikordnung.

**II.**

Für seine Tätigkeit erhält F. F. einen Monatsgehalt von 132 Mark, zahlbar am Ende eines Monats oder auf Wunsch zahlbar in wöchentlichen oder 14-tägigen Terminen.

Die bisherigen von . . . . . in seinem Arbeitsverhältnis bezogenen Produktionsprämien werden im bisherigen Umfang und bisheriger Weise außer obigem Gehalt zur Auszahlung gebracht.

**III.**

F. F. ist verpflichtet, abwechselnd eine Woche Tag- und eine Woche Nachschicht zu verrichten, also eine Woche 6 Schichten und die andere 8 Schichten zu arbeiten. Ausgenommen hiervon sind die hohen Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertage.

Zusätzlich an diesen Tagen eine Arbeitsleistung von F. F. gefordert wird, sei es, daß aus irgend welchem Grunde der Betrieb der Fabrik aufrecht erhalten wird, sei es, daß seine Beteiligung an Reparaturen oder Reinigungsarbeiten erforderlich wird, so erhält derselbe die bisher üblich gewesene Extravergütung für diese Feiertagsarbeiten außer dem bereits oben angegebenen Gehalt ausbezahlt. Falls zwischen dem Schichtwechsel, aus Betriebsgründen oder wegen Verletzung des Ablosungsdienstes vorübergehend und vereinzelt kleine Überstunden der 12 stündigen Arbeitszeit vorkommen sollten, wird eine besondere Überstundenvergütung nicht gewährt, wie überhaupt im allgemeinen Überstunden nicht vorkommen, aber auch nicht vergütet werden sollen. Die üblichen Beiträge zur Betriebskrankenkasse und zur Invalidenversicherung sind von F. F. zu erstatten und werden bei der Bezahlung am Schluß des Monats gekürzt.

Das Arbeitsverhältnis kann gegenseitig nur nach vorhergegangener 4 wöchentlich Kündigung, welche am Ende eines jeden Monats erfolgen kann, gelöst werden. F. F. verpflichtet sich, seine Tätigkeit in ähnlicher Stellung, wie ihm solche gegenwärtig in der Fabrik zugewiesen ist, bei Entlassung mit gleichen und ähnlichen Funktionen auch in einer der anderen Fabriken der Firma Hoeßig u. Co. vorübergehend oder dauernd auszuüben. F. F. verpflichtet sich, während der Dauer dieses Anstellungsverhältnisses keiner Arbeiter-Organisation anzugehören und aus der Arbeiter-Organisation formell auszutreten, falls derselbe zurzeit dieser Organisation noch angehört sollte.

Auf Forderungen, welche lediglich der gewerblichen Fortbildung oder der Unterhaltung dienen, hat dieses Verbot keine Anwendung.

In Ausnahmefällen, wie Ueberschneidungen, Fehrschichten, Uebertretungen, welche Störungen des regelmäßigen Fabrikbetriebes zur Folge haben, hat F. F. auch jede andere ihm angewiesene Arbeit nach besten Kräften auszuführen, so lange diese Störungen des regelmäßigen Fabrikbetriebes dauern.

Die Firma bleibt jedoch in solchen Fällen berechtigt, F. F. nach Möglichkeit eine seinem bisherigen Arbeitsverhältnis ähnliche Arbeit anzuweisen.

Firma, den 1. Juni 1906.

Man denkt gar nicht daran, das Versprechen, das den Arbeitern gegeben, einzulösen. Statt dessen bemühen sich die Herren Direktoren und Obermeister, den Anstellungsvertrag so schnell und heimlich wie möglich an ihre Arbeiter zu bringen. Bis jetzt ist die Zahl derjenigen, die sich in ihrer Unwissenheit zum Unterschreiben bewegen lassen, nur eine geringe, und den Herren dürfte es wohl auch nicht einfallen, die Zahl wesentlich zu vermindern. Denn zum Vertreter an ihrer eigenen Seite lassen sich die Arbeiter nicht mehr so leicht bestimmen.

Die Herren, die diesen Vertrag ausgearbeitet haben oder ausarbeiten lassen, die sie so viel Zeit dazu verbracht haben, um die Arbeiter zur Unterschreibung zu bewegen, können besser getan, wenn sie sich während dieser Zeit einmal mit den Arbeitern unterhalten hätten, ob die Resultate an den Arbeitern gut sind. Sie könnten auch einmal nachfragen, ob die Arbeiter zufrieden sind mit dem, was ihnen angedient wird, und von den Arbeitern überhöret werden müßten, wie Schweißperlen auf ihre Stirnen kämen.

Insbesondere im Betrieb Firma I sind in viel Änderungen und Verbesserungen von Schweißperlen nötig, daß sie hier einzeln nicht angeführt werden können. Wenn sich die Herren einmal darüber wachen, was die Arbeiter sagen, wenn sie sich einmal damit beschäftigen, daß der Arbeiter eine Pause zum Essen gegeben werden muß und die 24 stündige Schicht abbrechen wollen, was mit Schweißperlen möglich wäre, wenn wir mehr Arbeiter eingestellt würden, dann haben sie keinen Anstoß zu nehmen und sie brauchen sich nicht die Haare zu zerren, wie sie jetzt tun, sondern die Arbeiter aus dem Gehalt zu bezahlen lassen. Für die Arbeiter muß dieser Vertrag ein Vorteil sein, daß sie sich organisieren!

**Schluß.** Im Laufe des Monats Mai haben sich bereits 10 Arbeiter der Firma Hoeßig u. Co. dem Verbande angeschlossen. Es ist das ein zweites Beispiel durch Göttinger Kreis und Landtagswahl hier eine Zahlstelle errichtet werden konnte. Die Zahl der Mitglieder ist jetzt bereits auf 15 herangewachsen. In der nächsten Monatsversammlung am 9. beziehungsweise am 10. Juni werde be-

schlossen, daß die Versammlungen jeden dritten Sonntag im Monat, und zwar für die Tagsschicht der Fabrik Samstags abends 8 1/2 Uhr, und für die übrigen Kollegen Sonntags mittags 3 Uhr stattfinden. **Kass.** Nachdem bei der Firma Hagen (Akumulatorenwerk) in Kall die Arbeiter der Streikerei nach Abzug von 25 Prozent die Arbeit einmütig verlassen hatten, wurde ihnen durch einen Vorarbeiter ein Tarif zugesetzt, der noch wesentliche Abzüge enthielt. Eine am 2. Streiktag stattgefundene Besprechung lehnte diesen Tarif ab. Um die Sympathie der Arbeiter des ganzen Betriebes zu gewinnen, veranstaltete die hiesige Zahlstelle nach den Pfingstfeiertagen eine öffentliche Versammlung im Lokale von Gut, Humboldt-Goll, die sehr gut besucht war. Als Gäste waren anwesend Herr Waken vom christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband und Herr Schmitz vom christlichen Metallarbeiterverband. Die Streikkommission erstattete Bericht von den morgens stattgefundenen Verhandlungen mit der Firma, die mit der Zurücknahme der Lohnreduktion bis auf einen geringen Teil einverstanden war. Es sollte eine bessere Ventilation geschaffen werden und jeder Neueintretende erhält 3,50 Mk. gegen früher 3 Mk. Anfangslohn, schriftlich wurde bestätigt, daß keine Maßregelungen stattfinden sollen. Nach eingehender Diskussion wurde von den Streikenden gegen einige Stimmen beschloffen, die Arbeit nächsten Morgen wieder aufzunehmen. Im nächsten Punkt der Tagesordnung redete Arbeitersekretär Variels über den Zweck der Organisation. Schon bei seinen ersten Ausführungen wurde der Redner von den christlichen Führern durch Zurufe unterbrochen, weil er die modernen Gewerkschaften herborgehoben hatte. Durch fortwährendes Probieren seitens der Christlichen war der Redner genötigt, etwas näher über die christlichen Gewerkschaften sich zu verbreiten, welches dann auch in einer vollen Beurteilung der Handlungen der christlichen Führer gipfelte. Minutenlang wurde dem Redner zugehört. Als erster Diskussionsredner erhielt der christliche Führer Herr Schmitz das Wort. Vorher machte Kollege Kleffsch noch auf die Streikbrechergeschichte dieses Herrn aufmerksam. Während der Ausführungen des Herrn Schmitz mußte der Vorsitzende ihn verschiedentlich unterbrechen, weil er keine Worte wenig mit der Wahrheit in Einklang brachte. Dadurch entstand ein solcher Lärm, daß der Vorsitzende die Versammlung schließen mußte.

**Saarau.** Fr. Schweidnitz. Wie allerwärts, so sucht man auch hier in unserem Industrieorte dem Eindringen der Organisation in die Kreise der Arbeiterklasse alle gültigen Schwierigkeiten zu bereiten. Maßregelungen derjenigen Arbeiter, welche infolge ihrer ausdauernden Tätigkeit sich der besonderen Aufmerksamkeit der Unternehmer erfreuen, und die Verweigerung jeglicher Lokale zu Versammlungen, das sind auch hier die geistigen Waffen, mit denen man unsere noch junge Bewegung niederzuhalten versucht. Daß die Polizei in diesem Kampfe nicht untätig bleibt, ist selbstverständlich. Ein nettes Vorkommnis passierte am ersten Pfingstfeiertag. Da hier ein Lokal für unsere Zwecke nicht zu erlangen, wurde man sich einig, für Saarau und Umgebung eine Versammlung in Schweidnitz abzuhalten. In großer Anzahl verließen dann gegen Mittag die Mitglieder in einzelnen Trupps mit Kollegen Neuring die ad so teure Heimat, um den über zwei Stunden weiten Weg anzutreten. Wie erstaunt waren aber unsere Kollegen, als sie sich plötzlich von Gendarmen begleitet sahen, die vorzichtigerweise den Befehl hatten, den Zug in polizeiliche Aufsicht zu nehmen. Trotz dieser Maßregel verloren die Kollegen nicht die Ruhe. Sie gingen weiter und die Gendarmen immer hintendrei bis nach Schweidnitz. Hier neue Ueberwachung. Vier Polizisten harrten schon der Ankömmlinge. Die Schweidnitzer Polizeibehörde hatte es sich nicht nehmen lassen, für einen würdigen Empfang zu sorgen. Da es aber selbstverständlich nichts zu tun gab, entfernten sie sich langsam. In der nun stattgefundenen zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung sprach Kollege Neuring-Dresden in ca. zweistündiger Rede unter stürmischem Beifall über folgendes: Warum darf die Arbeiterklasse und speziell die Saarauer nicht über ihre elende Lage sprechen, und welches ist der Grund, daß die Saarauer Arbeiter, um sich versammeln zu können, nach Schweidnitz wandern müssen? Redner kritisierte zunächst scharf die polizeilichen Maßnahmen, erinnerte an den 21. Januar, wo bekanntlich die Säbel auch umsonst gewetzt worden sind. Die Arbeiter lassen sich nicht provozieren. Mit dem Hinweis auf die Leistungen und Kämpfe der Gewerkschaften in den letzten Jahren schloß Redner seinen Vortrag. Der Erfolg blieb nicht aus. Nicht nur, daß die zahlreich erschienenen Kollegen mit neuem Mut belebt wurden, sondern eine ganze Anzahl wurde für den Verband gewonnen. Mit dem Resultat der Versammlung können wir zufrieden sein. Die Saarauer Unternehmer dürften inzwischen einsehen lernen, daß es trotz aller Drangsalierungen vorwärts geht.

**Wandsbek.** In der am 26. Mai stattgefundenen Extra-Mitglieder-Versammlung, in welcher um die 5 Wochen Extrasteuer debattiert wurde, wurde beschlossen, es jedem Mitgliede freizustellen, wie er dieses zahle, jedoch müsse die Summe von 1,50 Mk. bis zum 1. August entrichtet sein. In Punkt 2 wurde bekannt gegeben, daß die Unterstützung der Maiausgesparten vom Hauptvorstande abgelehnt sei.

**Zell a. G.** Am Sonntag, den 27. Mai, fand eine öffentliche Versammlung speziell der Papierfabrikarbeiter zwecks Gründung einer Zahlstelle der Fabrik, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt im Gasthaus zum „Babischen Hof“, in der Gauleiter A. Wörner aus Cambs die Bedeutung der Organisation in sehr klarer und leicht verständlicher Weise auseinandersetzte. Es ist nun eine Zahlstelle an hiesigen Plage gegründet worden mit einer Mitgliederzahl von 13 Personen, die inzwischen auf 25 angewachsen ist. Es steht zu erwarten, daß sich diese Zahlstelle in kürzester Zeit erweitern wird. Bemerkenswert ist ferner an dieser Stelle, daß das Referat des Gauleiters A. Wörner mit großem Beifall aufgenommen wurde.

**Verbandsnachrichten.**

**„Mäginnen und Kollegen!“**

Derjenige, der sich weigert, die Extrasteuer zu bezahlen, macht sich einer Pflichtverletzung schuldig.

**Bom 3. Juni ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:**

- Charlottenburg 1200, Hienzburg 715, Elmshorn 400, Halle 400, Randsberg 300, Blankenburg 200, Mühlheim a. Rh. 200, Stedelsdorf 150, Besterland 150, Frankenthal 150, Alfeld 100, Srededt 24, Poulheim 10,20, Rarth 200, Magdeburg 2000, Epeger 500, Neuhofen (Hals) 250, Dypau 150, Platenicher Grund 112,80, Reversfeld 105,27, Striegau 100, Kremepe 30, Nannsburg a. d. E. 50, Sehm 30,94, Indwischhafen 2400, Königsberg 100, Nennmünster 500, Bergeborj 500, Sulgau 43,64, Einzelmitglieder 173,80, Sandgöben 100, Weipenfeld 90,12, Gienberg (Hals) 20, Kägel 100, Bremen 500, Hennigsdorf 100, Mannheim 1000, Schwabach 800, Ranzelndorf 300, Frankfurt 51,17, Leimen 45,38, Langensfelde 300, Gienberg (Hals) 20, Eggersheim 170, Brandenburg 110,50, Kolberg 100, Breslau 25,10, Braunschweig 2000, Uvale am Harz 350,20, Kallberg 100, Magdeburg 800, Nilschensburg 600, Gatin 50, Straßburg 18,94, Götting 150, Braunschweig 1200, Spandau 100, Ranzelndorf 100, Hannover 1800, Klein a. Rh. 300, Ranzelndorf a. S. 49,20, Hienzburg 50, H. Heymann 10, Kambach 20, Barcha 200, Rombach 125, Verburg 100, Karlsruhe 192, Bad Dürkheim 150, Pintersbach 75, Schluß: Montag, 18. Juni, mittags 12 Uhr.

Der Vorstand des „Proletarier“ beginnt jetzt Dienstag vor dem Erntedankfest. Dadurch wird Solz der Redaktion bereits Montag mittags 12 Uhr ein. Die Mitglieder müssen Montag nach in unseren Säulen sein. Größere Beschlüssen werden aufbrechend fassen.

Der Vorstand des „Proletarier“ bestimmte Beschlüssen müssen Montag mittags 12 Uhr ein. Die Mitglieder müssen Montag nach in unseren Säulen sein. Größere Beschlüssen werden aufbrechend fassen.

**Zur Erhebung eines Extrabeitrages haben Zustimmung erhalten:**

- Zahlstelle **Nadeberg** 10 Pf. pro Mitglied und Monat.
- Zahlstelle **Miesbach** 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
- Zahlstelle **Zerbst** 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Die bereits erfolgte Ausschreibung der Stelle eines Vorsitzenden des Gau 9, Elz (Rhein) hat eine größere Auswahl geeigneter Bewerber noch nicht gebracht. Der Schlußtermin für Einbringung der Bewerbungen ist daher hinausgeschoben. Bewerber haben die Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer bisherigen Tätigkeit schriftlich einzuliefern, dabei sind Angaben über Tag und Jahr der Geburt und Eintritt in den Verband zu machen. Außerdem ist eine schriftliche Arbeit einzuliefern über folgende Fragen:

1. Wie ist die Agitation unter unseren Kollegen am erfolgreichsten zu betreiben?
  2. Wie hat sich der Gauborsitzende bei bevorstehenden und ausgebrochenen Arbeitseinstellungen und Ausparungen zu verhalten?
  3. Wie ist die innere Leitung und zweckmäßige Verwaltung einer Zahlstelle zu gestalten?
  4. Wie nimmt man die Revision einer Zahlstelle vor?
- Die Bewerber müssen Kenntnis der sozialpolitischen Gesetze haben und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein. Die Anstellung erfolgt zunächst provisorisch, nach Ablauf eines Vierteljahres endgültig bei vierjährlicher Kündigung. Das Anfangsgehalt ist 1600 Mk., jährlich steigend um 75 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2000 Mk. Bewerbungen sind bis 7. Juli an Unterzeichneten zu senden. Hannover, 18. Juni 1906.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.**

- 6024, ausgef. auf den Namen Johann Zweiger, am 27. Mai 1903.
- 919 8, ausgef. auf den Namen Hugo Besche am 2. 10. 05.
- 120565, ausgef. auf den Namen Paul Dollmeier am 13. 2. 06.
- 158518, ausgef. auf den Namen Otto Berlin am 28. 4. 06 in Eisenberg, S.M.
- 89669, ausgef. auf den Namen Gustav Graumüller am 19. September 1905.
- 12136, ausgef. auf den Namen Hermann Grothe am 1. 2. 1904 in Naun.
- 1528, ausgef. am 1. 8. 99 in Calbe a. Saale für Heinrich Thiele.
- 1546, ausgef. für Otto Pohl am 1. 7. 99 in Calbe a. Saale.
- 54777, ausgef. auf den Namen Wilhelm Munnig am 25. Juli 1903.
- 139421, ausgef. auf den Namen Heinrich Weise am 19. Februar 1906.

**Eingegangene Zahlstellen.**

Ubersweiler, Borgstede, Blaubeuren, Göttingen, Lettin und Stehler i. Schl.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**

- Bonn.** Joh. Misppappel, Boonheimerstraße 132.
- Bursfeld (Hessen).** Valentin Gotha, 4. Bonifaciusstraße 15.
- Döbeln i. S.** Bruno Lange, Wappenstraße 9.
- Einbeck.** Aug. Janon, Langebrücke.
- Gr.-Salze.** S. Lepz, Weislebenerstraße 12 (Poststation Schönebeck).
- Kaosppeyer (Hals).** Gau 7. David Wagner, Trippstadterstraße.
- Ramens (Sachsen).** Ernst Wittschag, Burgstraße 5.
- Markranstädt.** S. Samisch, Jenaerstraße 18. Alle Verbandsangelegenheiten, Meldungen von Erwerbslosigkeit usw. kommen hier zur Erledigung.
- Hoflau.** Eduard Marlmann, Deffauerstraße 62.
- Hofenburg a. d. Lauber.** Fritz Strube, Würzburger Tor 575.
- Schömar.** Wilh. Brand, Werbielsburg 215.
- Siegen a. S.** Karl Hege, Hauptstraße 68.
- Wetschau.** Joh. Kersten, Grüner Weg 34.
- Weißwasser.** Paul Sohn, Mühlauerstraße 11.

**Inserate.**

**Zahlstelle Büxow.** Die Mitglieder-Versammlungen finden immer am zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, bei Frotwurst, Elbenbruch 26, statt. [75 A] **Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Döbeln.** Sonnabend, den 28. Juni, abends punkt 8 1/2 Uhr: **Außerordentl. Generalversammlung** in der „Rudenterrasse“. Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Neuwahlen. 3. Beschlußnahme. [75 A] **Der Bevollmächtigte.**

**Freiberg.** Unsere Mitglieder-Versammlungen finden jeden 1. Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, in der „Union“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. [90 A] **Der Vertrauensmann.**

**Münchberg.** Unser Bureau befindet sich ab 18. Juni **Vremtelsgasse 16, 2. Et.** Es sind daher alle Korrespondenzen und Sendungen dorthin zu richten. Ferner wird auch dort Reiseunterstützung von vormittags 9 Uhr bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr ausbezahlt. [80 A]

**Zahlstelle Zegell und Umgegend.** Montag, den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr: **Versammlung** bei **Sohlhaar, Berlinstr.** Tagesordnung: 1. Vortrag: **„Weshalb sind wir Atheisten?“** Referent: **Graf Wilh. Niethke**, Berlin. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Sommerfest. 4. Verbandsangelegenheiten und Beschlußnahme. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gäste haben Zutritt. [165 A] **Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Weimar.** Sonntag, den 24. Juni, in den Räumen des „Victoria-Garten“: **Stiftungs-Fest mit Sommer-Fest** bestehend in **Bausert, Kinderbelustigung, Büchsen-schießen und Blumen-Berlosung.** Abends von 8 Uhr an **Ball.** — Ende früh. Anfang 3 Uhr nachmittags. [150 A] **Das Festkomitee.**

**Markranstädt.** Allen Verbandsmitgliedern und ihren werten Freunden zur freundlichen Kenntnisnahme, daß ich ein

**Zigarren- und Grünwaren-Geschäft,** Jenaerstraße 18, part., eröffnet habe und bitte um gewöhnlichen Zuspruch. [150 A] **H. Samsisch, Zwenkauerstrasse 18.**

## Konferenz der Ziegeleiarbeiter Deutschlands.

Magdeburg, 3. Juni 1906.

Am Sonntag, den 3. Juni, vormittags 11 Uhr, wurde im „Luisenpark“ die Konferenz der deutschen Ziegeleiarbeiter vom Genossen Großmann-Magdeburg mit einem Willkommengruß eröffnet. Zur Leitung der Konferenz werden Großmann-Magdeburg und Knoll-Berlin bestimmt. Anwesend sind 30 Delegierte, deren Mandate sämtlich für gültig erklärt werden. Außerdem nehmen an den Verhandlungen teil: Für den Verband der Fabrikarbeiter A. Brey-Hannover, für den Verband der Bau- und Erdbauer Arbeiter Behrendt-Hamburg und für den Verband der Töpfer Drunzel-Berlin. Als Vertreter der Generalkommission ist Knoll-Berlin anwesend. Die Geschäftsführer der Ziegelei Magdeburg der genannten Verbände wohnen den Verhandlungen ebenfalls bei. Nach Verlesung eines Sympathieschreibens der österreichischen Ziegeleiarbeiter und Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, als Festsetzung der Geschäftsordnung, Wahl der Mandatprüfungs-Kommission usw., wird in die Tagesordnung eingetreten. Zum 1. Punkt,

### Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ziegeleien,

referiert Genosse Großmann-Magdeburg. An der Hand von einschlägigem Material schildert Redner in eingehender Weise das Elend, in dem sich die Ziegeleiarbeiter und Arbeiterinnen, sowie auch die in diesem Gewerbe beschäftigten jugendlichen Arbeitskräfte beiderlei Geschlechts befinden. Unter den in Deutschland beschäftigten über 200 000 Arbeitern in der Ziegeleiindustrie sind 18 903 erwachsene weibliche Personen, ferner 1166 jugendliche weibliche, 7071 jugendliche männliche Arbeitskräfte und 59 Kinder. Der Referent gab ein Bild von der Umwälzung, die sich auch in den Ziegeleibetrieben von der Handarbeit bis zur Einführung der Maschinen vollzogen hat. Zurzeit werden 60 Prozent der hergestellten Steine durch Maschinen verfertigt. Auch das Brennen der Steine sowie die Transportmittel auf den Ziegeleien haben sich gegen früher bedeutend geändert. Während aber alle Verbesserungen lediglich dem Unternehmer zugute gekommen sind, hat sich die Lage der Ziegeleiarbeiter fortgesetzt verschlechtert. Eine Arbeitszeit von 13, 14, 15 bis 17 Stunden ist Regel. Sehr oft kommt es vor, daß nicht nur Arbeiter, sondern auch Arbeiterinnen 24 bis 36 Stunden ununterbrochen arbeiten. Die degenerierenden Wirkungen einer derartigen unmenschlichen Arbeitszeit machen sich ganz besonders bei dieser Kategorie von Arbeitern bemerkbar. Standaufse Wohnungsverhältnisse im Grunde sind die jämmerlichen Wohnverhältnissen tragen weiter dazu bei, die Lage dieser Arbeiter als mehr als traurig zu bezeichnen. Als Durchschnittslohn für einen Ziegeleiarbeiter sind für Deutschland 850,58 Mark festgesetzt. Im weiteren beleuchtet der Referent das im Ziegeleigewerbe herrschende Agentenwesen und die entwürdigende Art, wie die Ziegeleiarbeiter im Lappischen sich auf förmlichen Märkten anbieten. Vorkaufereien seitens der Meister wie der Unternehmer sind bei der Rückständigkeit dieser Kategorie von Arbeitern an der Tagesordnung. Die Unfallstatistik zeigt von Jahr zu Jahr steigende Zahlen. Fast auf keiner Ziegelei in ganz Deutschland dürfte sich Verbandszeug zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen befinden. Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Konferenz dazu beitragen möge, etwas mehr Sonnenschein in das elende Dasein der Ziegeleiarbeiter zu bringen. Nach Verlesung einer Resolution und einer kurzen Begründung derselben durch den Referenten wurde in die Diskussion eingetreten.

Valenta-Tilsit gibt ein anschauliches Bild der Mißstände der Ziegeleiarbeiter in Ostpreußen und bittet um Hilfe für jene Gegend.

Brandmeier-München schildert die Lohn- und Arbeitszeit der Ziegeleiarbeiter in Bayern und gibt die Erfolge bekannt, die dort durch die Organisation erreicht sind.

Häuser-Gießen verlangt, daß die Fraktion der Sozialdemokratie im Reichstag darauf hinarbeiten müsse, durch gesetzgeberische Maßnahmen die größten Mißstände zu beseitigen. Daneben fordert Redner die unausgesetzte Förderung und Festigung der Organisation.

Laatich-Uedermünde schildert die enorme Ausbeutung der Ziegeleiarbeiter im Stettiner Gebiet, wo Mann und Frau unter den elenden Wohnverhältnissen dahinsiechen. Löhne von 20 Pf. die Stunde sind nichts seltenes.

Geiger-Leipzig ist in einem modernen Ziegeleibetrieb beschäftigt, wo fast ausschließlich mit den neuesten Maschinen und Einrichtungen gearbeitet wird. Die Durchschnittslöhne betragen hier 23 bis 26 Mk. In sanitären Einrichtungen ist so gut wie nichts vorhanden. Viele Arbeiter bringen ihre Frauen mit in die Fabrik und lassen sie mit arbeiten.

Krumholz-Weimar bringt die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ziegler in Thüringen bzw. Weimar zur Sprache. Die Arbeitszeit beträgt 10-14 Stunden, auch Sonntagsarbeit ist häufig. Der Lohn schwankt von 28-34 Pf. die Stunde.

Schmidt-Zwidau berichtet in schärfster Weise die dort herrschende Ausbeutung der Frauenarbeitskräfte und die Schäden des dort bestehenden Kaufmannwesens. Nur eine gute Organisation könne hier Wandel schaffen.

Hunn-Schorndorf beleuchtet die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den württembergischen Ziegeleien. Bei denkbar elendester Kost wird ein Lohn von 11 Pf. die Stunde gezahlt. Einen feinen Feierabend oder Hausen zum Einnehmen der Speisen gibt es nicht. In großen Dampfziegeleien wird 3-4 Mk. pro Tag gezahlt.

Gebel-Neuenhagen bezieht sich gegenüber den Ausführungen des Vorredners als ein wahres Gluckselind, obwohl auch er die unmenschliche Arbeit, die er als Dienstreiber zu verrichten hat, als weit über das normale Maß hinausgehend bezeichnet. Bedauerlich sei, daß in den Betrieben in seiner Heimat der Feivelverkauf gestattet ist.

Feierabend-Elbing: Bei einem Durchschnittslohn von 15,50 Mk. wird bis zu 16 Stunden in der Elbinger und Marienburger Gegend gearbeitet. Die Organisationsbestrebungen werden durch das Fehlen geeigneter Lokale sehr gehindert.

Rapp-Speyer: In der Rheingegend werden für Vollarbeiter 30, für jugendliche Arbeiter 20 Pf. pro Stunde gezahlt. Die Abschaffung der Alfordarbeit, die nirgends mehr zu einer Mordarbeit geworden ist als in Ziegeleibetrieben, wird allgemein angestrebt.

Binner-Kattow: In Oberschlesien werden Löhne von 20 bis 32 Pf. pro Stunde an erwachsene Arbeiter gezahlt. Mädchen erhalten 9, 10 bis 12 Pf. Die Behandlung ist sehr verbesserungsbedürftig.

Ellrich-Koswig: In Anhalt wird fast ausschließlich in Alford gearbeitet. Die Lohnverhältnisse sind hier etwas besser. Frauen- und Kinderarbeit gibt es hier nicht. Die Organisation hat gute Aussichten.

Schluß der Vormittagsitzung um 2 Uhr.

Die Nachmittagsitzung wird um 3 Uhr eröffnet. Die Debatte über den 1. Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Wagner-Wilbesheim wundert sich, daß von keiner Seite Vorschläge gemacht werden, wie dem Elend der Ziegler abgeholfen werden könnte. Redner wird vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß die Sprechtung über die Mittel beim zweiten Punkt der Tagesordnung erfolgt. Es sprechen noch Krummannsli-Bergedorf, Bauer-Dresden, Schütze, Plauenischer Grund, Klammer-Zehdenitz, der wünscht, daß die gesamte Arbeiterklasse aufgerufen werden möge, um mitzuwirken, das Ziegelelend aus der Welt zu schaffen. In der weiteren Debatte beteiligten sich noch Kolb-Biez, Hoff-Hennigsdorf, Kille-S-Braunschweig, Valenta-

Tilsit, Kadau-Ann-Dortmund, Häuser-Gießen, Laatich-Uedermünde und Wolter-Hannover. Sämtliche Redner klagen über die niedrigen Löhne, schlechte Schlafstätten und verschiedene andere Mißstände. Alle Redner wünschten schließlich, daß die Konferenz dazu beitragen möge, eine Aenderung der Verhältnisse in den Ziegeleien herbeizuführen.

Der Vorsitzende Knoll stellt fest, daß die Diskussion eine so reichhaltige gewesen sei, daß wohl alle überrascht seien über das Elend, das zur Sprache gekommen ist. In seinem Schlußwort spricht Großmann-Magdeburg seine Freude darüber aus, daß alle Redner nicht nur eine Verbesserung ihrer Lage wollen, sondern auch den im Zieglergewerbe noch grassierenden Alkoholismus bekämpfen wollen.

Die von Großmann eingebrachte Resolution wird hierauf einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die am 3. und 4. Juni 1906 im „Luisenpark“ zu Magdeburg tagende Konferenz der in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt:

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Ziegeleien sind im allgemeinen tieftraurige. Die Entlohnung ist eine ungenügende und steht in gar keinem Verhältnis zu der außerordentlich schweren Arbeit und der unvernünftig langen Arbeitszeit, die nicht selten bis zu 15, 16 Stunden täglich beträgt. Obgleich die Ziegler gewerbliche Arbeiter sind, müssen sie vielfach Arbeitsverträge abschließen, die an die Gesindeordnung erinnern und infolge deren die Arbeiter häufig um ihren wohlverdienten Lohn geprellt werden.

Die Wohnungsverhältnisse, sowie die sanitären Einrichtungen, namentlich für die sogenannten Wanderarbeiter, entsprechen nicht den an sie zu stellenden Anforderungen in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung. Zudem führt das Kost- und Logiswesen beim Arbeiter gegen das Truderverbot, zu größerer Abhängigkeit und zur Schmälerung des Koalitionsrechts.

Um die wirtschaftliche Lage der Ziegler zu verbessern, sie anderen Ziegeleiarbeitern gleichzustellen und die größten Mißstände zu beseitigen, bezeichnet die Konferenz als erstrebenswertes Ziel zunächst:

1. Eine den wachsenden Bedürfnissen und den gesteigerten Lebensmittelpreisen sowie der Arbeitsleistung entsprechende Aufbesserung der Löhne.
2. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden täglich.
3. Wöchentliche Lohnzahlung und Aufrechnung der Alfordlöhne; eine höchstens 14 Tage betragende Kündigungsfrist.
4. Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber.
5. Verbesserung der sanitären Einrichtungen.
6. Größeren Schutz gegen Erkrankungen und Unfallgefahr.

Die Erreichung dieses Zieles in kürzester Frist muß Aufgabe der gesamten Arbeiterchaft der Ziegeleiindustrie sein. Es ist daher notwendig, das Berufs- und Klasseninteresse in den Kreisen der Ziegler wachzurufen, damit auch dieser Arbeitergruppe eine menschenwürdige Existenz sowie die Anteilnahme an der kulturellen Entwicklung gewährleistet wird.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Zum zweiten Punkt,

### Die Verbesserung der Lage der Ziegeleiarbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen,

referiert A. Brey-Hannover. Redner stellt zunächst fest, daß an der hohen geschätzten überaus traurigen Lage der Ziegler diese zunächst selbst die Schuld tragen. Die Organisation der Ziegler muß so stark werden, daß sie als anerkannte Wächterin für die in Ziegeleien beschäftigten Personen angesehen wird. An der Hand der wenigen einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und einiger Bestimmungen des Bundesrats teilt Redner mit, was bisher zum Schutz der Ziegeleiarbeiter auf gesetzlichem Wege geschehen ist und was noch lange nicht als die Anfänge einer Arbeiterschutzegebung angesehen werden könne. Gegenüber den vielen Übertretungen, die sich die Unternehmer gegen diese wenigen Bestimmungen zuschulden kommen lassen, müsse die Art, wie die Bestrafung ausfällt, als sehr liberal bezeichnet werden. Außerordentlich mangelhaft sei auch die staatliche Gewerbeinspektion. Die meisten Übelstände, die geschilbert wurden, könnten behoben werden durch eine starke Organisation. Deshalb müssen die Ziegeleiarbeiter eine Macht zu werden versuchen, um nicht nur auf die Gesetzgebung, sondern auch auf die Verhältnisse selbst einzuwirken. Die Forderungen, die Redner als geeignet hält, an die Gesetzgebung zu stellen, spielen in einer von ihm eingebrachten und begründeten Resolution. Die schärfsten Worte findet der Referent über die unheilvollen Folgen der übermäßig langen Arbeitszeit für Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie über die unerhörten Zustände der Schlaf- und Lagerstätten auf den Ziegeleien.

In der Diskussion beizwert sich Gebel-Neuenhagen über die Generalkommission, die für die Ziegeleiarbeiter nicht energisch genug eingetreten sei.

Rapp-Speyer wünscht, daß für die polnischen und italienischen Arbeiter ein aufläutesendes Flugblatt ausgearbeitet und unter jenen Arbeitern verbreitet wird.

Drunzel-Berlin nimmt die Generalkommission gegenüber den Vorwürfen Gehel in Schutz.

Geiger-Leipzig wünscht, daß, wenn die Konferenz auseinandergeht, die Ziegler nicht mehr als Streikführer, sondern als legitime Angehörige der modernen Arbeiterbewegung betrachtet werden.

Ellrich-Koswig wünscht eine Erweiterung der Resolution nach der Richtung, daß die Frauenarbeit nicht nur eingeschränkt, sondern überhaupt verboten wird. Dem widerspricht Gebel-Neuenhagen, der das generelle Verbot der Frauenarbeit als zu weitgehend bezeichnet.

Das Verbot der alkoholischen Getränke betreffend, schlägt der Vorsitzende vor, daß hierzu eine eigene Resolution, die bereits vorliegt, zur Annahme gebracht werden möge.

Rapp-Speyer verlangt, daß in den Kantinen nur Kaffee oder Thee verabfolgt werden darf.

In der weiteren Diskussion beteiligen sich noch Schütze-Plauenischer Grund, Huzdorff-Nathenow, Brandmeier-München, Honiamann-Helberstadt, Krumholz-Weimar, Häuser-Gießen, Bauer-Dresden, Kadau-Dortmund, Laatich-Uedermünde und Hunn-Schorndorf. Zunächst beschäftigen sich die Redner mit der Frage der Abschaffung resp. Verbotung der Frauenarbeit und der Kantinenfrage.

In seinem Schlußwort kommt Brey-Hannover auf die einzelnen in der Diskussion geäußerten Wünsche und Einwände zurück.

Die Resolution Brey wird hierauf in folgender Fassung angenommen:

Die Konferenz hält es für ein Gebot zwingender Notwendigkeit, daß auf dem Wege reichsweiter Maßnahmen den in Ziegeleien beschäftigten Personen ein ausreichendes Schutz gewährt werde.

Gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Arbeitenden werden, wenn überhaupt, nur dann in die Wege geleitet, wenn die Arbeiter die Gesetzgeber auf die Nothwendigkeit des Eingreifens in energischer Weise aufmerksam gemacht haben. Es ist daher unerlässlich, daß die in der Ziegeleiindustrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen den Anstoß zu die gewerkschaftliche Organisation vollziehen. Im Rahmen der Organisation, in der Breite, in der Schärfe und in dem Gebiete der Arbeitsverteilung, der Lohnfestsetzung und Lohnzahlung, der Arbeitszeit, der Unterkunfts- und des Zwischenmehrerens bemerkbar machen.

Die Abstellung der Mißstände ist, soweit das durch Wirken der Organisation möglich, durch diese zu erstreben.

Un gesetzgeberischen Maßnahmen fordert die Konferenz:

1. Die Einführung des 10stündigen Arbeitstages für alle erwachsenen Personen und Freigabe des Sonnabendvormittags.
2. Verbot und Bestrafung der Heberarbeit mit Ausnahme der Arbeit an Brennöfen.
3. Weibliche Personen dürfen 6 Wochen vor und nach der Entbindung auf Ziegeleien nicht beschäftigt werden.
4. Allgemein gültige Vorschriften über Lage, Luftstrom und Beschaffenheit der Räume, welche auf Ziegeleien beschäftigten Personen als Wohnungen angewiesen werden, und über Erziehung wetterdichter, heizbarer Kellern und Unterkunftsräume.
5. Die Unternehmer oder verantwortlichen Leiter sind verpflichtet, den auf Ziegeleien beschäftigten Personen gutes Trinkwasser zur Verfügung zu halten.
6. Für den Lohn der auf Ziegeleien beschäftigten Personen ist der Meister oder Pächter der Ziegelei haftbar.

Ebenso gelangt eine Resolution Knoll zur Annahme, worin sich die Konferenz für das Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke auf Ziegeleien ausspricht.

Schluß des ersten Verhandlungstages abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

### Zweiter Tag.

Die Vormittagsitzung am 4. Juni wird um 11 Uhr vom Vorsitzenden Großmann eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit sämtlicher Delegierten und Vertreter der Verbände. Das Referat über den 3. Punkt der Tagesordnung,

### Die Organisation der Ziegler,

hält A. Knoll-Berlin. Redner gibt über den Ueberblick über die diversen Verjuche, mit Unterstützung der Generalkommission eine Organisation der Ziegler ins Leben zu rufen. Die außerordentlich komplizierten Verhältnisse bei den Ziegeleiarbeitern und das bei den meisten mangelnde Klassenbewußtsein ließen bisher alle Verjuche scheitern. Neben diesen Verjuchen haben es die Verbände der Fabrik- und Landarbeiter und der Bau- und Erdbauer nicht daran fehlen lassen, die Interessen der Ziegeleiarbeiter auf das ausdrückliche wahrzunehmen. Nach all den gemachten Erfahrungen glaubt Redner, daß eine Sonderorganisation nicht zum Ziele führen werde. Viel mehr sei der Anschluß an einen leistungsfähigen Verband zu empfehlen. Nur dann könne eine nachdrückliche Agitation entfaltet werden, deren Ziel die Gewinnung der noch 200 000 vorhandenen unorganisierten Ziegeleiarbeiter sein muß. Da die Mehrheit der organisierten Ziegeleiarbeiter, nämlich 1500, bereits dem Verbande der Fabrikarbeiter angehört, empfiehlt Referent, daß die Delegierten den Anschluß an diesen Verband aussprechen möchten.

Sämtliche Diskussionsredner sprechen sich für Anschluß an den genannten Verband aus.

Der Vorsitzende des Verbandes der Bau- und Erdbauer, Behrendt-Hamburg, rechtfertigt in längerer Rede den von ihm seit Jahren vertretenen Standpunkt, weshalb sein Verband bisher so wenig für die Ziegeleiarbeiter tun konnte und weshalb es besser sei, wenn die Ziegler dem Verband der Fabrik- und Landarbeiter beitreten.

Der Vorsitzende des Verbandes der Töpfer, Drunzel-Berlin, beleuchtet zunächst die Berührungspunkte, die zwischen den Ziegler und den Töpfern bestehen. Nach den von ihm früher gemachten Erfahrungen bei Lohnkämpfen der Ziegeleiarbeiter hält er einen Anschluß an seinen Verband nicht für erstrebenswert. Auch dieser Redner warnt vor einer Zersplitterung und befürwortet die Angliederung der Ziegler an den Verband der Fabrik- und Landarbeiter.

Brey-Hannover, der Vorsitzende des Fabrikarbeiter-Verbandes, erläutert die Gesichtspunkte, unter denen die Aufnahme der Ziegler in seinen Verband erfolgen kann. Als selbständige autonome Sektion kann der Anschluß jedenfalls nicht stattfinden. Redner hofft, daß, wenn die Ziegler alle von ihm erörterten Gesichtspunkte beherzigen, es ihnen nie leid werden wird, seinem Verbands beizutreten zu dem Schluß der Vormittagsitzung 3 Uhr.

### Die Nachmittags-Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet.

In seinem Schlußwort plädiert Knoll-Berlin für die Annahme der vorliegenden Resolution. Redner verpflichtet, daß die Generalkommission sich um die Organisation der Ziegeleiarbeiter weiter bemühen wird. (Rufe: Bravo!) — Hierauf wird die Resolution Brey einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter fordert den Vorstand des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auf, seinem nächsten Verbandstag die Anfechtung eines mit den beruflichen Verhältnissen der auf Ziegeleien beschäftigten Personen genau vertrauten Kollegen zu empfehlen.

Zudem ist, wenn irgend möglich, eine Kommission zur Seite zu stellen, die aus auf Ziegeleien beschäftigten Personen zu bilden ist.

Der angestellte Kollege hat gemeinsam mit der Kommission die Aufgabe:

1. Den Vorstand bei der Ausübung einer durch Wort und Schrift vorzunehmenden Agitation mit Rat und Tat zu unterstützen.
2. Die Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter vorzunehmen.
3. Die Sammlung von allem zur Beurteilung der Lage der auf Ziegeleien beschäftigten Personen geeigneten Material, als Lohnlisten, Arbeitsordnungen, Haus- und Kantinenordnungen, Registrierung der Preise von Nahrungs- und Genussmitteln, welche durch die Unternehmer oder deren Vertreter geleigert werden, und durch Akordanten und Zwischenmeister an Zieglermollereien.
4. Entgegennahme von Mitteilungen darüber, an welchen Orten und bei welchen Unternehmern die Lohn- und Unterkunfts-räume der auf Ziegeleien beschäftigten Personen sich in der Nähe der Brennereien oder über und neben Viehställen befinden, oder in denen eine Trennung der Schlafräume nach Geschlechtern nicht erfolgt ist.
5. Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifen.

Zugleich beauftragt die Konferenz, daß für die in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen als die allein zuzuständige Organisation anerkannt wird.

Nach einem Haß auf die Einigkeit und die Organisation der Ziegler wurde die Konferenz geschlossen.

### Gau 7.

Am Sonntag, den 20. Mai, tagte die Gaukonferenz im Lokale Nagel in Oggersheim. Vertreter waren 39 Ziegeleiarbeiter mit 44 Delegierten. Die Geschäftsordnung wurde, wie sie der Gauvorstand vorschlug, angenommen, ebenso der Antrag, daß Zahlstellen mit über 100 Mitgliedern 2 Delegierte stellen und Stimmrecht haben. Das Protokoll der letzten Gaukonferenz wurde verlesen und ohne Debatte genehmigt. Kollege Krüll erörterte den Bericht des Gauvorstandes. Er führte aus, daß die Geschäfte des Gauvorstandes in 26 Sitzungen erledigt wurden, weiter führte er an, daß im Jahre 1906 im Gau 7 886 Mitglieder vorhanden waren, Ende 1904 waren es 1602, im Jahre 1906 am 1. April 6440 männliche und 296 weibliche Mitglieder, d. i. 589,32 Prozent Zunahme. Die Zahl der Zahlstellen ist auf 40 gestiegen. Wesentliche Veranstaltungen von seiten des Gauvorstandes wurden 105 abgehalten, Fabrikversammlungen 225, Kassenrevisionen haben 24 stattgefunden, Briefe sind eingegangen 416,

Parten 321, Telegramme 15, ausgegangen sind 638 Briefe, 426 Postkarten, 8 Telegramme. Zahlstellen waren 1900 19, 1904 24 und 1906 40 vorhanden. Eingegangen sind die Zahlstellen: Albersweiler, Grafenhausen, Seidelberg und Metz. Lohnbewegungen haben 27 stattgefunden, von diesen waren 24 mit Erfolg und 3 ohne Erfolg. Lohnsätze bestehen zurzeit 11. Derselbe gab dann ein Bild von allen in Betracht kommenden Firmen in Bezug auf Lohnbewegungen. Hierauf trat die Mittagspause um 1 Uhr ein. — In der Nachmittags-Sitzung führte Kollege Bernhard-Frankehal u. a. an, daß man mit den Leistungen des Bauvorstandes voll und ganz zufrieden sein könne, denn es wird kein Gau in Deutschland sein, der 600 Prozent Zunahme aufzuweisen hat, und meinte er, es habe eine taifällige Agitation stattgefunden in den letzten 1 1/2 Jahren. Weiter führte er an, daß wir stolz darauf sein können, daß wir einmal so weit gekommen sind, wo vor 2 Jahren erst 42 000 Mitglieder und nach 2 Jahren die Zahl 100 000 überstiegen sei. Es solle ein jeder seine Pflicht tun, daß wir bald das andere 100 000 noch übersteigen. Weiter könnten wir stolz auf die Errungenschaften sein und solle ein jeder danach trachten, daß die Errungenschaften der nichtgewerblichen Arbeiter erhöht wird. Kollege Kripp, Mundenheim, führte an, daß bei der Lohnbewegung der Anilinfabrik hätte mehr gesehen werden können, daß in verschiedenen Orten Versammlungen abgehalten werden sollten, was nicht geschah sei. Weiter machte er zum Vorwurf, daß die Anträge und der Bauvorstandsbericht hätten drei Wochen vorher an alle Zahlstellen gelangt werden sollen. Weiter führte er an, daß Prüll gemäßigter brenne; das habe man gesehen in den Gütlinwerken, indem er zu den Arbeitern gesagt habe, sie sollten sich zuerst organisieren, und wenn ein Viertel Jahr herum ist, dann hätten sie erst ein Recht, in den Kampf einzutreten. Malz, Ludwigshafen, kam auf die Gasfabrik der Anilinfabrik zu sprechen, betonte bezüglich des Verhaltens des Hauptvorstandes während des Redarauer und Annweiler Streiks, daß man mit der Taktik nicht zufrieden sein könne; er führte weiter an, daß Prüll während seiner Abwesenheit im Saarrevier und in Hannover eines der Bauvorstandsmitglieder mit der Leitung des Gaus hätte beauftragen sollen. Braug-Mannheim bringt den Streik der Zuckerraffinerie Mannheim und der Zellstofffabrik Waldhof zur Sprache. Bei letzterer Fabrik liege die Sache nicht so, wie Prüll anführte, die Leute verdienen nicht so viel; weiter bemängelte er das Verhalten des Kollegen Kripp bei dem Redarauer und Zellstofffabrik-Streik, wo die Ortsverwaltung keine Kenntnis davon hatte, was vorgekommen war und Kripp alles für sich allein machte. Popper-Mannheim bringt die Bewegung bei Kohn u. Rhein zur Sprache, daß der Vorstand dem Tarif zugestimmt habe, aber es wurde sich von Seiten des Bauvorstandes und der Ortsverwaltung wenig darum bekümmert. Prüll habe einfach die Leute in die Fabrik getrieben, weil wenig organisiert waren und er die andern nicht herausziehen wollte. Was den Redarauer Streik anbelange, so sei viel daran schuld, daß kein Geld gekommen sei, und die Leitung war auch nicht imstande die Streikleitung zu übernehmen, weil der Vorsitzende erst einige Wochen im Verstande war; er wünsche, daß den Gauleitern mehr Bewegungsfreiheit zugebilligt wird, damit diese Kalamitäten nicht wieder vorkommen. Stich-Ludwigshafen betonte, daß der frühere Gauleiter Welch keinen Streik mitgemacht habe, daß von Seiten des Gewerkschaftsleiters keine Versammlungen abgehalten wurden, daß erst unser Verband den Anfang machen mußte, in der Anilinfabrik einzugreifen und Versammlungen einzuberufen; daß der Streik in der Anilinfabrik verloren gegangen sei, sei unklar, wir hätten ganz schöne Erfolge erzielt. Bernad-Frankehal erklärte, daß der, der die meiste Arbeit leistet, auch die meiste Liebe erhält, das beweist, was Kollege Kripp anführte; durch die Anilinbewegung sind wir in die Höhe gekommen, und sprich Kollege Prüll seine Anerkennung für die Leistungen aus, weiter kritisiert er das Verhalten des Kollegen Drey. (Bravo! D. R.) Auch tritt er dafür ein, daß den Gauleitern und Ortsbeamten mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt wird, er führte noch die Agitation in der Zuckerraffinerie Frontenthal an, wo man endlich auch einmal so weit gekommen ist, daß sich ein jeder Arbeiter organisieren kann. Es ist da zwar kein Lohnsatz abgeschlossen, aber unsere Tage haben sie anerkannt, daselbst ist bei Wender u. Kemp, Frontenthal, der Fall, wo wir mit Erfolg abgeschlossen. Kern-Doppau betonte, daß Prüll seine Schuldigkeit getan, das beweist der Zuwachs. Weber-Friedenheim meinte, die Fehler, welche gemacht wurden bei der Anilinbewegung, könnten nicht allein Kollegen Prüll zugeschrieben werden. Schweizer-Sandhofen tritt für mehr Bewegungsfreiheit der Gauleiter ein. Kripp-Mundenheim bemängelte nochmals das Verhalten des Vorstandes in Bezug auf Einreichen von Lohnsätzen. Hier solle den Gauleitern mehr Recht zustehen, denn diese kennen das besser die Situation am Ort. (Die Situation des Verbandes kennen aber wir besser. A. B.) Kollege Prüll zu seiner Verteidigung teilte mit, daß die Leute erst geschult werden müssen, und vorerst müsse die Agitation etwas beschränkt werden; was die Gütlinwerke anbelange, was Kripp angeführt, gebe er Drey recht, daß er etwas zurückhaltend ist. Die ganze Bewegung komme nur von der Anilinbewegung, weil wir da gute Fortschritte gemacht haben. Der Annweiler Streik hätte gewonnen werden können, wenn Geld gekommen wäre. (Ein solches Organisationsverhältnis rechtfertigt keine Unterstützung. A. B.) Was den Redarauer Streik anbelangt, so wird mir viel Schuld zugeschoben, aber die Schuld trifft auch viel die Mannheim-Kollegen, die nicht Hand in Hand mit einander arbeiteten.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Deier-Ludwigshafen. Die Einnahmen betragen 2456,18 Mk., die Ausgaben 2081,56 Mk., Kassenbestand 404,92 Mk. Von den Zahlstellen im Gau wurden 85 Mk. der Kasse zugewiesen. Kollege Stich gab den Bericht der Revisionen, er führte an, daß Bücher und Kasse in Ordnung gefunden wurden, was stellte den Antrag, dem Kassierer Dehauge zu erteilen, welcher einstimmig Annahme fand. Einen Antrag, dem Kassierer 10 Mk. zu bewilligen, lehnte Deier ab. Es wurden dann Anträge beraten. (Soweit diese bestimmt sind, dem Verbandstag unterbreitet zu werden, bringen wir sie nicht zum Abdruck, um die Wiederholung der Veröffentlichung zu vermeiden.) Eine ziemlich Anzahl Anträge sind abgelehnt. Angenommen werden Antrag Spreyer: Der Gauvorstand soll, weil eine ungeheure Zunahme da ist, sich mehr der öffentlichen Agitation zuwenden; der Bauvorstand möge Mittel und Wege finden, um die Mittel zu beschaffen. Schreyer: Die Gaukonferenz in Schwelmen abzuhalten. Es wird auch beschlossen, zukünftige Gaukonferenzen Sonnabends beginnen zu lassen. Ein Antrag, dem Gauvorsitzenden 10 Mk. zu bewilligen, wurde angenommen. Kollege Prüll betonte auch, daß man vorzüglich bei den Lohnbewegungen sein müsse, denn in der jetzigen Zeit, wo die großen Bewegungen der Metallindustrie stattfinden, werden wir auch sehr in Mitleidenschaft gezogen. Weiter führte er an, die Gaukonferenz von jetzt an wieder zu erheben, daß jeder Kollege sein Ehrenamt dazu bringe, damit unsere Streitkräfte wieder hergestellt werde. Kollege Prüll dankte noch für die Rückarbeit der Kollegen und hoffe er, daß nach 2 Jahren, wenn wir wieder zusammenkommen, wir ein ein großer Schritt vorwärts gekommen sind, eben so dankte er den Organisatoren Kollegen für die Geschäftsführung, eben so zu sein.

### Korrespondenzen.

Berlin. Die Eisenfabrik von Hermann Zschaber Stobwasser u. Co., Hoffmannstraße, hat ein neues Fabrikgebäude errichten lassen, dessen Grundfläche in gebührender Weise mit elektrischer Beleuchtung versehen ist. Ganz oben ließ man: Freie und offene. Ganz unten: In Gottes Segen ist alles gelegen. Dann folgt der Dichterwort: Arbeit ist der Herrscher Zierde, Segen ist der König Preis; aber den König hat's nicht, ohne das Werk. Dann weiter: Das ist — was ist. Am meisten Eingang der Fabrik bringt der Spruch: Gott mit uns. Für das Gelingen der Arbeiter hängt der Erfolg noch ganz besonders davon ab, daß er an den Sonntagen der Festtage die Ruhe auf dem Fabrikhof fassen läßt. Allen Arbeitern und Arbeiterinnen wird kein Tag fehlen, nur aus dem Grunde, daß es leichter und dem Gewinne nachteiliger ist. Und wie wieder wird auch den Arbeiter ein Lohn gegeben, auf dem promote Erhaltungszwecken gesehen werden. Kürzlich wurde auf einem dieser Abende einem Arbeiter ein solches Lob ausgesprochen:

„Man sollte nun meinen, daß in diesem unglücklich-fremden, patriarchalischen Fabrikhof „Gottes Segen“ den Arbeitern in der That guter Lohn- und Arbeitsbedingungen reichlich zuteil würde. Doch weit gefehlt. Der Wochenlohn beträgt bei zehnjähriger Arbeitszeit durchschnittlich ganze 18 Mk. Leute, die zehn Jahre und länger bei dieser frommen Firma tätig sind, müssen sich für einen Höchsthoh von sage und schreibe 22 Mk. abplagen. Darüber hinaus geht „Gottes Segen“ nun einmal nicht. Die Arbeiterinnen erhalten einen Durchschnittslohn von 1,68 Mk. über 10 Mark wöchentlich. Ueberstunden sind an der Tagesordnung, so daß die regelmäßige Arbeitszeit dadurch häufig auf 11 bis 14 Stunden verlängert wird. Natürlich drängen sich die Leute zur Ueberstundenarbeit, da sie bei der elenden Entlohnung darauf bedacht sein müssen, durch längere Arbeitszeit noch einige Groschen mehr zu verdienen. Über die Firma zeigt den Arbeitern auch, daß sie sozialpolitisches Verständnis besitzt. Sie hat einen Arbeiterausgleich geschaffen: allerdings ist derselbe nicht von den Arbeitern gewählt, sondern vom Besitzer ernannt worden. Die vornehmste Tätigkeit der Ausschüßmitglieder besteht nun darin, daß sie ihre Arbeitskollegen beim Verlassen der Fabrik einer Leibesvisitation unterziehen müssen. Jeder Arbeiter muß es sich gefallen lassen, von oben bis unten wie ein Verbrecher betastet zu werden. Genau so ergeht es den Arbeiterinnen, nur daß die Visitation von einer Frau vorgenommen wird. Der fromme Besitzer scheint demnach in beständiger Besorgnis zu schweben, daß „seine“ Arbeiter von „Gottes Segen“ noch etwas aus der Fabrik nach Hause mitnehmen könnten, weil sie mit beten und arbeiten bei den geringen Löhnen nicht auskommen vermögen. Es läßt sich denken, daß der Besitzer unter solchen Umständen auch von einer heillosen Angst vor einer „Vergiftung“ seiner Arbeiter durch Ideen der modernen Arbeiterbewegung befallen ist. Wer Gewerkschaftsversammlungen besucht oder gar Mitglied einer Organisation ist, wird entlassen. Trotzdem daß die Organisation in letzter Zeit auch in diesem Betriebe recht erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß demnächst die Firma energisch ermahnt werden dürfte, auch einmal an den Spruch zu denken: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!

Berlin. In der Meißner-Angelegenheit des Werkes Brunnenstraße der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft fand am Freitag, den 1. Juni 1906, eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertreter der beteiligten Gewerkschaften und der Vertreter der Partei von Groß-Berlin statt. Diese gemeinsame Konferenz beschloß nach mehrwöchiger eingehender Beratung einmütig folgende Resolution: „Die am 1. Juni 1906 stattgefundene Sitzung der Vertreter der beteiligten Gewerkschaften und der Vertreter der Partei von Groß-Berlin erkennt nach Prüfung der Sachlage, daß bei den Vorbereitungen zur Meißner in dem Betriebe der A. E. G. Brunnenstraße mehrere Unklarheiten entstanden, die denjenigen Arbeitern, welche die diesbezüglichen Beschlüsse mißachtet haben, zugute gerechnet werden können. Immerhin bleibt das Verhalten dieser Arbeiter aufs schärfste zu rügen. Die Versammelten sind der Meinung, daß es mit dieser hiermit ausgesprochenen Rüge jedoch kein Bewenden haben soll und empfehlen, von einem Ausschuß dieser Arbeiter aus den Organisationen abzusehen. Die Parteivertreter bemerkten ausdrücklich, daß dadurch ihre frühere, in dieser Angelegenheit abgegebene Erklärung nicht geändert wird.“

Bernburg. Die Betriebsleitung der Deutschen Solvaywerke hat sich wieder einmal ein Denkmal gesetzt. In frühesten Morgenstunden des dritten Pfingstfeiertages erhielten zwei Arbeiter ihre pflichtige Entlassung. Einer war 4 Jahre auf dem Werke beschäftigt, während der andere länger denn 15 Jahre für die Aktionäre der Solvaywerke gefrondet hat. Direkt und indirekt ist beiden Entlassenen bedeutet worden, daß die Entlassungsmaßregel wegen agitatorischer Betätigung innerhalb und außerhalb des Betriebes verhängt worden sei. Mit münchenerweiter Offenheit erklärte Herr Direktor Frey dem einen entlassenen Arbeiter gegenüber, daß man „Agitatoren“ auf dem Werke nicht mehr beschäftigen wolle. Also ein politischer Maßregelung in schärfster Form. Eines entlassenen Zeugnis enthält die ausdrückliche Bemerkung, daß er seine Arbeit „zur Zufriedenheit“ ausgeführt habe. — Die letzte Ursache der Entlassung dürfte auf die kürzlich abgeschaltete Betriebsbesprechung der Solvayarbeiter zurückzuführen sein, in welcher die neulich erfolgte „Lohnzulage“ besprochen wurde. Wenigstens hat man unmittelbar im Anschluß hieran unter den Arbeitern Unruhe gehalten, wer organisiert sei usw. Daß hierauf etwas erfolgen würde, ward von Eingeweihten sofort vermutet. Offenbar ist man enttäuscht darüber, daß es mit Hilfe des Zudebrotes, wie es die „Lohnhöhung“ darstellen soll, nicht gelungen ist, sämtliche Arbeiter des Betriebes einzulullen, deshalb versucht man es mit der Hungerpeitsche. Es ist wirklich weit gekommen, daß sich die Betriebsleitung eines umfangreichen Werkes, an dessen Spitze ein Reichstagsabgeordneter steht, solcher Mittel bedient, um sich die Arbeiter gefügig zu erhalten.

Breslau. Am Donnerstag, den 31. Mai, tagte im „Goldenen Zepher“ eine äußerst stark besuchte Mitgliederversammlung, welche sich mit einer reichhaltigen Tagesordnung beschäftigte. Das Referat über die Aufgaben des Verbandstages hatte Kollege Joppich übernommen. In großen Zügen gab Redner ein Bild von der Entwicklung des Verbandes, welcher dank einer geistlichen Leitung zu ungeahnter Höhe sich entwickelt habe. Aber noch sei ein großes Feld zu bearbeiten, Tausende Arbeiter der chemischen und der Papierindustrie gehören hier in Schlesien sowie überhaupt in Deutschland der Organisation noch nicht an. Mehr wie bisher wird der Verbandstag Wert darauf legen müssen, besoldete Gauvorsteher anzustellen, um die Agitation wirksam betreiben zu können. Auch die Hauptleitung müsse entlastet werden, das sei aber nur möglich, wenn ein Redakteur für den „Proletarier“ angestellt würde. Die Gaukonferenz habe ein demselben Standpunkt gehalten und seien dementsprechende Anträge gestellt worden. Redner gibt dann einen Überblick, welcher Nutzen den Mitgliedern durch die Organisation, sei es durch die Arbeitszeit, seien es bessere Löhne, geschaffen worden sei. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Hierauf forderte Kollege Joppich auf, die Kandidaten zum Verbandstag zu nominieren und Vorschläge zu machen. Da einige Kollegen längerer Montagsarbeiten wegen ihre Stühle niedergelegt hatten, wurden die Kollegen Erdmann, Klotz und Stein in Vorschlag gebracht. Darauf wurde folgender Antrag eingebracht und angenommen: „Der Verbandstag möge beschließen, bei Teilung der Gaus Sächsen zuerst zu berücksichtigen und einen Beamten mit dem Sitz in Breslau anzustellen. Zum Schluß gab Kollege Joppich einen Ueberblick über die Ausbreitung in der Metallindustrie und beurteilte das Verhalten einzelner Beamten des Metallarbeiterverbandes, welche glauben, die Metallkommandierenden zu sein und die übrigen Organisationen völlig im Unklaren über den Gang der Verhandlungen lassen. Die Transportarbeiter, Schmiede, Holzarbeiter und Fabrikarbeiter würden ihre eigenen Wege gehen müssen, wenn es die Leitung des Metallarbeiterverbandes nicht für notwendig befindet, sie auf dem Laufenden zu erhalten.“

Schwab. Eine öffentliche Versammlung aller Fabrik-, Land-, Haus- und Arbeiterinnen von Altschwab, Eschenlag und Eschenlag tagte am 27. Mai, vormittags 11 Uhr, in Gregorius Kapellraum. Kollege Schmidt-Schwab hielt einen Vortrag über die „Jesu Gebote und die bewegenden Klassen“. Der Referent legte den Anwesenden klar vor die Augen, wie die Jesu Gebote, welche uns in der Schule 8 Jahre lang eingeprägt worden sind, für die Besitzenden hinwegsweg immer die Rücksicht des Handels werden und erklärte, daß, wenn die Kapitalisten die Jesu Gebote vom christlichen Standpunkte aus halten würden, nicht so viel Not und Elend unter der Arbeiterklasse herrschen würde. Um all das Elend abzuschaffen und den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben, ist es aber notwendig, daß sich alle Mann für Mann der Organisation der Fabrikarbeiter anschließen und derselben immer neue Mitglieder zuführen. Der Referent forderte die Anwesenden an, sich alle Mann und besonders zu organisieren, denn nur durch die Organisation können die Kollegen ihre wirtschaftliche Lage heben und fördern. Zum Schluß „Gewerkschaftliches“ sprach sich mehrere Redner über die „Klassen-Arbeit“ und „Lohnbewegungen“ in der Papierfabrik zu Eschenlag aus. Auch wurde die Fragestellung des Kollegen Weidner besprochen. Derselbe soll sich dadurch nicht abhalten lassen, für den Verband häufiger weiter zu agitieren, denn für 21 Pf. pro Stunde erhält man überall Arbeit.

Dortmund. Die Arbeiter der Steigete von Fopp haben Schlafräume, wie sie heutzutage wohl kaum irgendwo zu finden sind. In den Schlafräumen stehen 14 Betten, die Fenster sind 80 Zentimeter hoch und 45 Zentimeter breit, es sind die reinen Dachfenster, die Kleiderhaken sind 85 Zentimeter hoch und 65 Zentimeter breit, die Betten stehen alle übereinander wie in einer Kaserne, die Betten müssen die Arbeiter selbst machen und auch anspannen. In den Schlafräumen liegen ungeheure Mengen Dreck und Staub. Auch die Badräume sehen jämlich, für 54 Mann sind sechs Badkämpfe vorhanden. Bedürfnisanstalten sind zwei vorhanden. Es ist nicht gut zu sagen, welche von beiden sich im schlechtesten Zustande befindet. Das Pissoir verpestet die ganze Umgebung. Zu allem Ueberflusse wimmelt die Schlafräume von Ungeziefer. Es wurde nun auch sofort seitens des Vorstandes eine Fabrikbesprechung einberufen, was zu erfreulichen Fortschritten unserer Zahlstelle führte. Es wurden denselben Abend ca. 40 Mitglieder aufgenommen.

Kaiserslautern. Eine äußerst stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am letzten Sonnabend in der Burg. Nach Entgegennahme des Berichts von der Gaukonferenz referierte Gauleiter Kollege Prüll über den ausgeschriebenen Extrabeitrag. Redner gibt in ca. dreiviertelständiger Ausführung ein lautes Bild über die fortgesetzten Lohnkämpfe und die gegenwärtig vollkommene und geplanten Ausperrungen; verweist auf die stetig zunehmende Ausgabe von Erwerbslosen-Unterstützung, wodurch der Hauptvorstand gezwungen ist, von dem im Oktober v. J. beschlossenen zehnwöchentlichen Doppelbeitrag die zweite Hälfte einzuziehen zu lassen. In der Diskussion gibt Kollege Werner der Hoffnung Ausdruck, daß die Ausführungen des Kollegen Prüll die nötige Beachtung und Einsicht bei den Mitgliedern finden werden, da bei event. Weigerung von dieser Beitragsleistung den Mitgliedern ihre Rechte verlustig gehen. Anknüpfend an diesen Punkt fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute, am 26. Mai, in der Burg stattgehabte außerordentliche Mitgliederversammlung erklärt, daß durch die fortgesetzten Lohnbewegungen und der erklärten Ausperrung der Metallindustriellen der vom Hauptvorstand beschlossene Extrabeitrag erhoben werden muß und verpflichten sich die zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen, denselben zu leisten und auch die Nichtanwesenden zu belehren, daß es eine Notwendigkeit ist, dem Rufe der Organisation nach Geld unbedingt Folge zu geben.“

Ludwigshafen a. Rheinh. Der Gang zum Kabi, den der christliche Gewerkschaftsleiter Tremmel machte, um den Gauleiter des Hülfsarbeiter-Verbandes, Genossen Prüll, wegen schwerer Verleumdung zu verurteilen, hat ein etwas tragikomisches Ende genommen. Herr Tremmel fühlte sich in seiner Ehre dadurch gekränkt, daß seine gelegentlich des Streiks in Rheinau gegenüber der Fabrikleitung getane Äußerung, „Die Arbeitsniederlegung sei nur ein Fastnachtsstreik“, durch den Genossen Prüll in verschiedenen Versammlungen mitgeteilt wurde. In der Verhandlung versicherte nun Herr Tremmel hoch und teuer, daß er diese Äußerung nur in scherzhaftem Tone gemacht habe. Durch die Weiterholperrung sei es soweit gekommen, daß ihm überall, wo er hinkomme, dieser Vorgang als Arbeiterverrat vorgehalten werde und er hierdurch in seiner Eigenschaft als Arbeiterführer schwer geschädigt sei. Auch bezüglich der unrichtigen Mitteilung, daß er, Tremmel, bei der Lohnbewegung in der Zellstoff-Fabrik einen Sondertarif eingereicht habe, seien ihm überall Vorwürfe gemacht worden. Genosse Prüll betonte dem gegenüber, daß er nur den Gang der Unterhandlungen in den Versammlungen mitgeteilt habe, dieses sei seine Pflicht gewesen. Zudem habe er noch in Nr. 69 der „Wälz-Post“ den ganzen Hergang in ausführlicher Weise geschildert. Wenn dann trotz alledem die Angelegenheit falsch weiter erzählt sei, so trage er hieran keine Schuld. — Die Äußerung, „Die Arbeitsniederlegung sei nur ein Fastnachtsstreik“, halte er nach wie vor für ungebührig, sie sei dazu angetan, die Interessen der Arbeiter zu schädigen. Tremmel betonte wiederholt, daß er diese Worte nur in scherzhafter Weise gebraucht habe. Nachdem er dieses in verschiedenen Variationen wiederholt betont hatte, kam ein Vergleich zustande, hiernach erklärte Prüll, daß er durch die Gerichtsverhandlung die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Tremmel die Äußerung nur in scherzhafter Weise getan habe und daß er bebauere, wenn dieses von den Leuten mißverstanden sei. So endete die mit großem Applomb inszenierte Klage, die den Kollegen Prüll als Verleumder brandmarken sollte. Herr Tremmel wird hieraus jedenfalls die eine heilsame Lehre ziehen, daß derartige „Scherze“ bei Unterhandlungen mit den Unternehmern nichts weniger wie angebracht sind.

### — An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Senefelder-Bund (Verband der Lithographen und Steindrucker) ist durch ein in der Arbeiterbewegung unerhörtes Vorkommnis gezwungen worden, zur Unterstützung der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. Ausgesperrt sind rund 3000 Lithographen und Steindrucker und rund 800 befinden sich im Streik. Die in Arbeit befindlichen Verbandsmitglieder verpflichteten sich, je nach der Höhe ihres Wochenverdienstes 1—3 Mk. freiwilligen Beitrag pro Woche für die Dauer der Ausperrung zu leisten. Unter diesen Umständen hätte der finanziell gut fundierte Verband viele Wochen hindurch den ihm aufgezwungenen Kampf führen können, ohne fremder Hilfe zu bedürfen.

Da erhielten die Unternehmer Hilfe aus Arbeiterkreisen. Von 31 Mitgliedern des Senefelder-Bundes ist im Auftrage von 400 weiteren Mitgliedern, die nach der Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit dem Verband der Lithographen und Steindrucker die Beiträge für die Gewerkschaftskasse nicht zahlen, sich jedoch durch die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft im Bund das Recht an den Unterstützungen sichern wollten, Klage auf Ungültigkeitserklärung der Statutenbestimmungen des Verbandes erhoben, welche sie zur Zahlung der Beiträge für die Gewerkschaftskasse verpflichteten. Die Klage wurde von dem Landgericht in Frankfurt am Main teilweise zugunsten der Kläger entschieden. Damit aber nicht genug. Die klageführenden „Kollegen“ beantragten dann weiter bei dem Landgericht die Verschlagnahme des gesamten Vermögens des Verbandes, und das Landgericht hat durch Verfügungsbeschluß vom 1. Juni d. J. nicht nur das für Unterstützungszwecke referierte, sondern das Gesamtvermögen des Verbandes festgelegt und dem Verbandsvorstand bei hoher Strafe jede amtlige Handlung untersagt.

Der Schluß, der hier gegen die Organisation geführt wurde, erfolgte zu gelegener Zeit, denn am 2. Juni begannen die Unternehmer mit der Ausperrung, und sie gaben sich sicher der Hoffnung hin, daß nunmehr die Widerstandskraft des Verbandes gebrochen sei.

Diese Hoffnung soll zu schanden werden. Die Leitung der Ausperrung ist einer von den Berliner Lithographen und Steindruckern eingesetzten Kommission übertragen und es ist auch Vorzorge getroffen, daß den Ausgesperrten die Unterstützung vorläufig fortlaufend gezahlt werden kann.

In diesem Falle aber ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, finanziell helfend einzugreifen, und hat die Generalkommission auf Antrag des Verbandsvorstandes und nach Zustimmung der Vorstände der Zentralverbände beschlossen, gemäß den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses eine Sammlung für die Ausgesperrten auszusprechen.

Wir richten an die Gewerkschaftsstellten das Ersuchen, sofort die Sammlung einzuleiten und erwarten von der organisierten Arbeiterschaft, daß sie den Ausgesperrten die Hilfe nicht verweigern wird. Die Unterstützungsbeiträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir für die Sendungen folgende Adresse zu benutzen:

G. Rube, Engel-Ufer 15, Berlin SO. 16.  
Ueber die eingehenden Beträge wird im „Korrespondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht ausgestellt.  
Berlin, 12. Juni 1906.  
Mit Gruß  
Die Generalkommission der Gewerkschaften  
Deutschlands.  
G. Legien.